



E i n l a d u n g

Hiermit lade ich Sie zur **Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales** ein.

Sitzungstermin: Donnerstag, 22.09.2011, 17:00 Uhr Besichtigung Unterkunft
Mühlenbachstraße 2
18:00 Uhr Sitzungsbeginn

Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath
3. Jobperspektive nach § 16e SGB II **V/2011/232**
4. Seniorenfahrt 2011
hier: Rückblick **V/2011/021-
E02**
5. Aktionswoche60+ in Herzogenrath
hier: Rückblick **V/2011/124-
E01**
6. Beschlusskontrolle **V/2011/231**
7. Besichtigung der Asyl- und Obdachlosenunterkünfte
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.02.2009 **V/2009/102-
E05**
8. Armut in Herzogenrath
Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes / Armutsberichtes
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE
LINKE vom 18.01.2010 **V/2007/287-
E04**
9. Bildungspaket in Herzogenrath
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 **V/2011/135-
E01**
10. Vertragsverlängerung Verbraucherberatungsstelle Alsdorf **V/2011/233**
11. Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem **V/2011/133-**

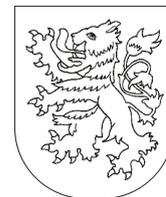
Gebiet der Stadt Herzogenrath
hier: Sachstandsbericht

E01

12. Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung der SJD-Die Falken-
Merkstein vom 14.05.2011 **V/2011/237**
hier: "Save me!" Herzogenrath sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen
13. Informationen und Anfragen **V/2011/284**

Herzogenrath, 11. April 2014

(Peter Joerißen)



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/232								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Jobperspektive nach § 16e SGB II										
Beratungsfolge:		TOP: 3								
Datum	Gremium	<table border="1" style="float: right;"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
22.09.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt den Herren Hammers und Jansen für den Sachvortrag.

Sachverhalt:

Herr Leo Jansen als Leiter des Nell-Breuning-Hauses und Vorstand des Dachverbandes der Arbeitsloseninitiativen Pro Arbeit sowie Herr Wilfried Hammers für den Förderverein Arbeit, Umwelt und Kultur in der Region Aachen e.V. werden zur anstehenden Instrumentenreform der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik referieren.

Schwerpunkt wird die Schilderung möglicher konkreter Auswirkungen auf lokale Träger und die Betroffenen sein.

Anschließend stehen die Referenten für Fragen und Diskussion zur Verfügung.

Ich stelle Ihnen Herbert S. vor- der Name ist aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes frei gewählt und damit anonymisiert, weil derjenige, der sich dahinter verbirgt, heute Abend hier im Raum ist.

Herbert S. ist Geburtsjahr 1954, also 56 Jahre alt, und ist verheiratet.

Er hat seit seinem 16ten Lebensjahr sein Leben lang hart, intensiv und mit einer lückenlosen Erwerbsarbeitsbiografie sozialversicherungspflichtig gearbeitet, war Teil der bürgerlichen Mittelschicht und hat sich nie etwas zu Schulden kommen lassen.

Ende 2006 wurde er arbeitslos. Das haute ihn fast um! Trägheit und Nichtstun waren und sind nicht seine Sache.

Von 2007 bis 2009 wurde er in einer ersten Maßnahme des Arbeitsamtes beschäftigt und qualifiziert. Das war schwer für ihn. Das, was man ihm dort vermittelte, half ihm zwar, den Alltag zu bewältigen und auch vom Nötigsten her seine Lebensgrundlage zu erhalten, entsprach aber nicht seinen vielfältigen Kompetenzen, Begabungen und vor allem nicht seiner Berufs- und Lebenserfahrung.

In 2009 bot man ihm eine sogenannte 16e-Stelle im Rahmen des Programms Jobperspektive an. Man versprach ihm und dem Förderverein als seinem Träger, dass diese Stelle in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis münden solle.

Entsprechend wurde Herbert S. auch von nun an mit Aufgaben in zweierlei Hinsicht betraut: Zum einen war das Ziel, ihn trotz seines Alters, das schon als Beschäftigungshemmnis gilt, zu versuchen auf den sogenannten ersten Arbeitsmarkt hin zu vermitteln und zum anderen ihm, sollte das auch wegen des Alters nicht klappen, eine verantwortliche Stelle im Projekt anzuvertrauen, in der er so lange als möglich auf seine Rente hin segensreich wirken könne.

Den Arbeitsmarktparagraf 16e SGB gibt es zwar noch, aber er wird in unserer Städtereion nicht mehr mit Geld bedient.

Nun ist beides, im Grunde genommen alles drei geplatzt:
Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt- Fehlanzeige
Dauerförderung über die Jobperspektive wurde trotz Versprechen
Gestrichen- also auch hier Fehlanzeige
Seine Lebens- und Berufserfahrung dem Projekt und den dort zu
qualifizierenden Menschen zur Verfügung stellen- auch Fehlanzeige

Am 14. Oktober 2011 - in drei Wochen also- verliert Herbert S. seine
Stelle und das Projekt eine wertvolle und kompetente Kraft.

Von da an ist er erwerbsarbeitslos mit einer nahezu Null-Perspektive.
Von da an muß ihn der Staat daueralimentieren.
Nach der Jobperspektive gibt es keine andere Förderung!

Herbert S. verliert seine Arbeit und vielleicht auch seinen Halt,
obwohl er viel Durchhaltevermögen mitbringt!

Und wir als Volkswirtschaft verlieren bei Herbert S. viel Geld, weil
der Träger Förderverein bisher 25% Lohnanteil trug, von den
fehlenden Sozialabgaben ab dem 14. Oktober mal ganz abgesehen.

Wer eine Idee hat, die Kompetenz von Herbert S. – einem Bürger
dieser Stadt- und seinen Arbeitsplatz im Projekt erhalten zu helfen, ist
bei der Lösungssuche sehr willkommen.

Ausschuss für Arbeit und Soziales, Stadtrat Herzogenrath,
22. September 2011

Tagesordnungspunkt:

Auswirkungen der Instrumentenreform der
Bundesregierung auf die berufliche und
soziale Integration von betroffenen Menschen
in der Stadt Herzogenrath und die

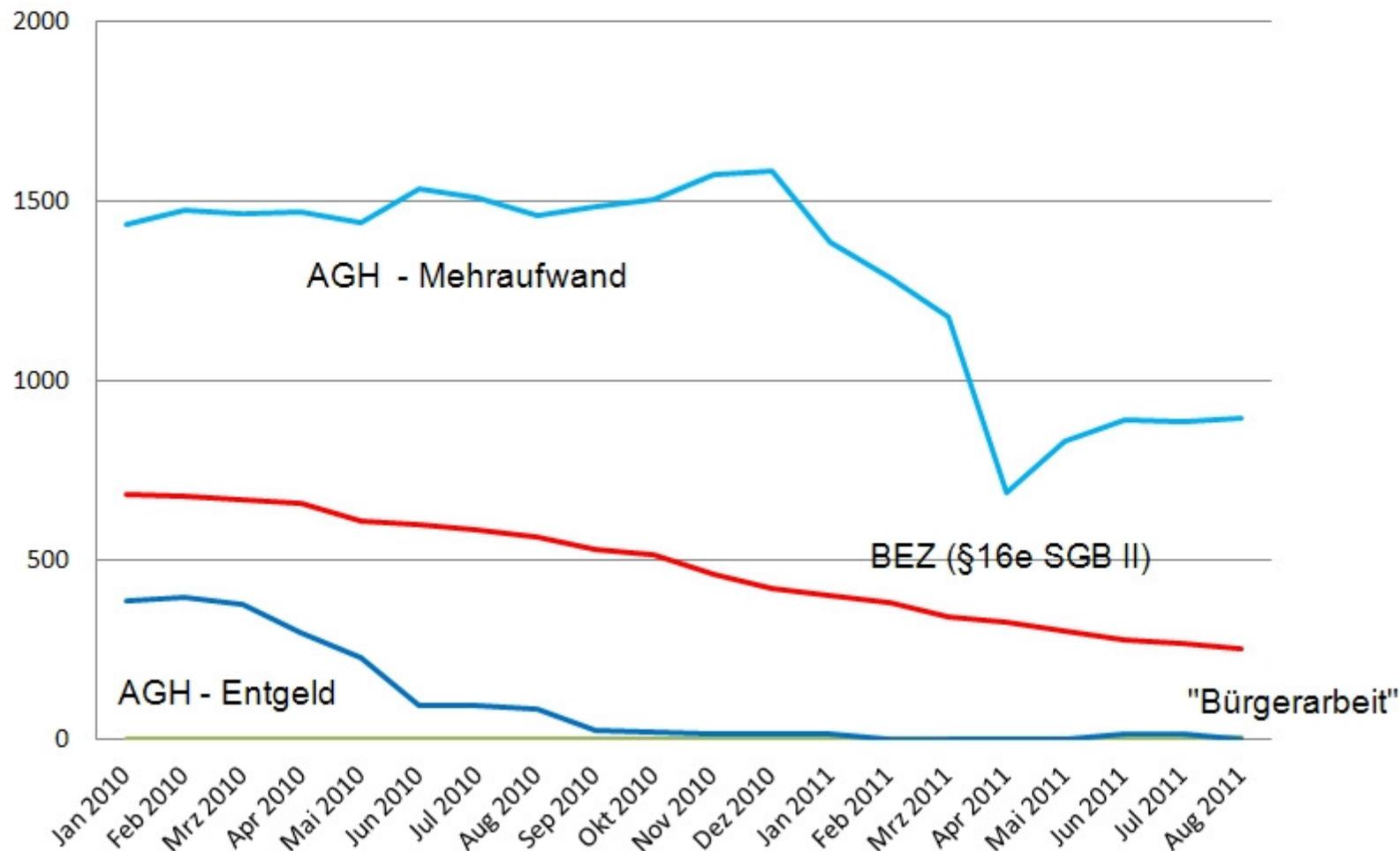
kommunale Gestaltungsherausforderung
in der Städteregion über die Programm- und
Budgetplanung 2012 der gemeinsamen
Einrichtung Jobcenter Städteregion Aachen

I. Förder- und Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte werden rasiert!

Instrumente / Finanzmittel	2010	2011	2012
<i>Öffentlich geförderte Beschäftigung</i>			
AGH-Plätze	1.770 Plätze	1.139 Plätze	???
Jobperspektiven-Plätze	Über 800 Plätze	160 Plätze Dauerförderungen	???? nur noch befristet
Bürgerarbeit	0	???	250 möglich
► Langzeitarbeitslosigkeit (> 12 Monate) bleibt seit Anfang 2009 konstant hoch.	Juni: 9.701	Juni: 9.447	???
erwerbsfähige Hilfebedürftige SGB II Gesamt (ALG II)	Juni: 38.708	Juni: 37.840	???
Hilfebedürftige Gesamt	Ca. 51000	August: 53.126	???
<i>Budgets von ARGE /gemeinsame Einrichtung Jobcenter der Städteregion</i>			
Geplante Haushaltsbudgets Jobcenter Eingliederungstitel (EGT)	46,7 Mio. €	31 Mio. €	26 Mio €
AGH-Fördermittel	12,2 Mio. €	5,0 Mio. €	???
16e-Fördermittel	9,1 Mio. €	4,4 Mio. €	???

Teilnehmer in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten SGB II – StädteRegion Aachen

(Quelle: Zahlen BA - Förderstatistik August 2011)



Leo Jansen, Wilfried Hammers -
22.09.2011

Skandal: Nur noch 25 % der Fördermittel für 75 % der betroffenen arbeitslosen Menschen in der Städteregion!

- Nach Beurteilung der Problemlagen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen vermerkt das Jobcenter in seinem Arbeitsmarktprogramm 2011, „dass bei weniger als einem Viertel der Kunden im Rechtskreis SGB II (23,9 %) eine Integration innerhalb einer Frist von 12 Monaten möglich erscheint“. (a.a.O. S. 8)
- Unsere Bewertung (Pro Arbeit) des Budgets des Jobcenters für 2011 kommt zu dem Ergebnis, dass bereits jetzt nur ca. 25 – 30 % des EGT für die große Gruppe der besonders Benachteiligten zur Verfügung steht.
- Die bereits laufenden und erst recht die geplanten Kürzungen für 2012 werden zu erheblichen Verwerfungen in der Angebotsstruktur der regionalen gemeinnützigen Träger für die besonders benachteiligten Menschen führen.

Anforderungen an ein regionales Arbeitsmarktprogramm der Städteregion Aachen

- **1.** Wir brauchen ein regionalspezifisches Programm für spezifische regionale Herausforderungen:

Die besonderen Problemlagen der Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen, die Gruppe der Alleinerziehenden, die Arbeitslosen ohne Berufs- bzw. Schulabschlüsse, die jugendlichen und älteren Arbeitslosen und die große Zahl der „Aufstocker“ (Hartz IV trotz Erwerbsarbeit) in der Städteregion erfordern **regionale Gestaltungsfreiheit**, die angeblich die Instrumentenreform des Bundesgesetzgebers bringen soll.

Anforderungen an ein regionales Arbeitsmarktprogramm der Städteregion Aachen

- **3.** Das Instrument der freien Förderung soll voll ausgeschöpft werden mit dem Ziel, die Langzeitarbeitslosen mit regionalen Strukturen und Trägern zu unterstützen.

Anforderungen an ein regionales Arbeitsmarktprogramm der Städteregion Aachen

- **6.** Mindestens 50% des Förderetats sollten für 75 % der besonders Benachteiligten eingesetzt werden. Das sollte die Forderung der Kommunalvertreter in der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung sein, womit ja immer noch die bestehenden und zu erwartenden Bundesvorgaben der Priorisierung der Mittel für arbeitsmarktnahe Kunden gewährleistet wäre.

Anforderungen an ein regionales Arbeitsmarktprogramm der Städteregion Aachen

- **7.** Die Städteregion und die gemeinsame Einrichtung sollte eine Arbeitsgruppe installieren zur Entwicklung von Projekten mit Ko-Finanzierungen seitens des Landes, der Kommunen, der EU etc. und dazu das Know-how der regionalen Trägerlandschaft partnerschaftlich nutzen, damit neue Chancen entstehen den größten prozentualen Einschnitt in die Arbeitsmarktförderung seit Bestehen der Bundesrepublik bewältigen zu können.

Unterstützung erbeten für ...!!

... ein Herzogenrather Bündnis für die arbeitslosen Menschen

- Bitte um Kenntnisnahme und Weitergabe der Forderungen und Empfehlungen an den Beirat und die Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter der Städteregion Aachen.
- Danke für Ihr offenes Ohr!!

„Glück heißt, Arbeit zu haben und einem geregelten Tagesablauf nachzugehen“
(Norbert, Jahrgang 1962)

Anforderungen an ein regionales Arbeitsmarktprogramm der Städteregion Aachen

- **5.** Im Bereich der Beschäftigungsförderung (AGH-Instrument) sollen Mittel für ein Programm geförderte „Qualifizierung und Beschäftigung“ mit regionaler Trägerkompetenz fortgeschrieben werden. Dieses Programm sollte in einem transparenten und fairen Verfahren mit der hiesigen Trägerlandschaft entwickelt werden, damit die massiven Kürzungen nicht alle regionalen Strukturen in 2012 zerschlagen.

Leitfaden Arbeitsmarktpolitik 2012 regional (Entwurf)

I. Förder- und Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte werden rasiert!

Zentrale Daten¹:

Instrumente / Finanzmittel	2010	2011	2012
Öffentlich geförderte Beschäftigung			
AGH-Plätze	1.770 Plätze	1.139 Plätze	???
Jobperspektiven-Plätze	Über 800 Plätze	160 Plätze Dauerförderungen	???? nur noch befristet
Bürgerarbeit	0	???	250 möglich
► Langzeitarbeitslosigkeit (> 12 Monate) bleibt seit Anfang 2009 konstant hoch.	Juni: 9.701	Juni: 9.447	???
erwerbsfähige Hilfebedürftige SGB II Gesamt (ALG II)	Juni: 38.708	Juni: 37.840	???
Hilfebedürftige Gesamt	Ca. 51000	August: 53.126	???
Budgets von ARGE /gemeinsame Einrichtung Jobcenter der Städteregion			
Geplante Haushaltsbudgets Jobcenter Eingliederungstitel (EGT)	46,7 Mio. €	31 Mio. €	26 Mio €
AGH-Fördermittel	12,2 Mio. €	5,0 Mio. €	???
16e-Fördermittel	9,1 Mio. €	4,4 Mio. €	???

Skandal: Nur noch 25 % der Fördermittel für 75 % der betroffenen arbeitslosen Menschen in der Städteregion!

Nach Beurteilung der Problemlagen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen vermerkt das Jobcenter in seinem Arbeitsmarktprogramm 2011, „dass bei weniger als einem Viertel der Kunden im Rechtskreis SGB II (23,9 %) eine Integration innerhalb einer Frist von 12 Monaten möglich erscheint“. (a.a.O. S. 8)

Unsere Bewertung des Budgets des Jobcenters für 2011 kommt zu dem Ergebnis, dass bereits jetzt nur ca. 30 – 25 % des EGT für die große Gruppe der besonders Benachteiligten zur Verfügung steht.

Die bereits laufenden und erst recht die geplanten Kürzungen für 2012 werden zu erheblichen Verwerfungen in der Angebotsstruktur der regionalen gemeinnützigen Träger für die besonders benachteiligten Menschen führen.

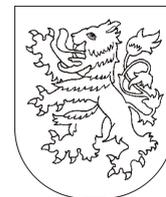
¹ Die Zahlen sind zusammen gestellt aus dem „Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2011 Jobcenter Städteregion Aachen“ sowie aus Analysen des Jobcenter der Städteregion zu aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt und in der Arbeitsmarktförderung von Juli 2011 und der Website des Jobcenters.

II. Forderungen / Empfehlungen an den Beirat und die Trägerversammlung des Jobcenters der Städteregion Aachen²

Die Mitglieder und der Vorstand von Pro Arbeit – Dachverband regionaler, gemeinnütziger Träger für Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung – fordern folgende Empfehlungen in das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2012 und die Budgetplanung aufzunehmen:

- 1.** Wir brauchen ein regionalspezifisches Programm für spezifische regionale Herausforderungen: Die besonderen Problemlagen der Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen, die Gruppe der Alleinerziehenden, die Arbeitslosen ohne Berufs- bzw. Schulabschlüsse, die jugendlichen und älteren Arbeitslosen und die große Zahl der „Aufstocker“ (Hartz IV trotz Erwerbsarbeit) in der Städteregion erfordern regionale Gestaltungsfreiheit, die angeblich die Instrumentenreform des Bundesgesetzgebers bringen soll.
- 2.** Den Erfolg der vergangenen 5 Jahre im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit in der Region (Zitat Stefan Graaf, Geschäftsführer des Jobcenters) mit einer Konzentration des Ressourceneinsatzes auf die besonders Benachteiligten fortzusetzen.
- 3.** Das Instrument der freien Förderung soll voll ausgeschöpft werden mit dem Ziel, die Langzeitarbeitslosen mit regionalen Strukturen und Trägern zu unterstützen.
- 4.** Politisch ist von den Trägern des Jobcenters für eine Aufstockung der freien Förderung auf 20 % einzutreten, falls dies bei der aktuell laufenden Instrumentenreform nicht erfolgen sollte.
- 5.** Im Bereich der Beschäftigungsförderung (AGH-Instrument) sollen Mittel für ein Programm geförderte „Qualifizierung und Beschäftigung“ mit regionaler Trägerkompetenz fortgeschrieben werden. Dieses Programm sollte in einem transparenten und fairen Verfahren mit der hiesigen Trägerlandschaft entwickelt werden, damit die massiven Kürzungen nicht alle regionalen Strukturen in 2012 zerschlagen.
- 6.** Mindestens 50% des Förderetats sollten für 75 % der besonders Benachteiligten eingesetzt werden. Das sollte die Forderung der Kommunalvertreter in der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung sein, womit ja immer noch die bestehenden und zu erwartenden Bundesvorgaben der Priorisierung der Mittel für arbeitsmarktnahe Kunden gewährleistet wäre.
- 7.** Die Städteregion und die gemeinsame Einrichtung sollte eine Arbeitsgruppe installieren zur Entwicklung von Projekten mit Ko-Finanzierungen seitens des Landes, der Kommunen, der EU etc. und dazu das Know-how der regionalen Trägerlandschaft partnerschaftlich nutzen, damit neue Chancen entstehen, den größten prozentualen Einschnitt in die Arbeitsmarktförderung seit Bestehen der Bundesrepublik bewältigen zu können.
- 8.** Bei allen Planungen, Programmen und Haushaltsbeschlüssen ist der Aufbau von nachhaltigen Förderstrukturen zu berücksichtigen. Hierzu zählen Maßnahmelaufzeiten von mindestens 24 Monaten, sowie eine Finanzierung der Maßnahmen, die es den Trägern ermöglicht, diese wirtschaftlich und qualitativ hochwertig umzusetzen. Die besonders benachteiligte Zielgruppe ist nicht mit weiteren Achterbahnfahrten in der Arbeitsmarktförderung sinnvoll und effizient zu fördern. Die vielfach höchst belasteten und prekären Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter/innen bei Bildungs- und Beschäftigungsträgern so wie beim Jobcenter können nur so verbessert werden.
- 9.** Das Jobcenter sollte eine intensivere Qualifizierung und Fortbildung der Mitarbeiter/innen vornehmen. Dies könnte zu verschiedenen Themen auch gemeinsam für und mit Mitarbeiter/innen der Bildungsträger erfolgen. Es sollte ebenfalls geprüft werden, ob bewährtes Personal bei den regionalen Trägern zur Betreuung der besonders benachteiligten Menschen nicht Aufgaben für das Jobcenter wahrnehmen könnte. So ließen sich Personalkompetenz, Träger- und Kooperationsstrukturen erhalten und weiter entwickeln.

² Verantwortlich Vorstand Pro Arbeit – Kontakt: www.pro-arbeit-aachen.de



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/021-E02								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Seniorenfahrt 2011 hier: Rückblick										
Beratungsfolge:		TOP: 4								
Datum	Gremium	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
22.09.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Am **27., 28. und 29. Juni 2011** fanden die Seniorenfahrten **2011** nach **Gemünd** statt.

Insgesamt lagen **773** Anmeldungen (zzgl.. Begleitpersonen der Fraktionen und der Verwaltung) vor, wobei hiervon jeweils

267 auf Merkstein (davon Seniorenzentrum AWO-Merkstein 31 TeilnehmerInnen plus 6 Begleitpersonen,

249 auf Herzogenrath (davon Seniorenzentrum Am Bockreiter 17 TeilnehmerInnen plus 4 Begleitpersonen

und **257** auf Kohlscheid (davon Betreuungszentrum Arche Noah 26 TeilnehmerInnen plus 7 Begleitpersonen

entfielen.

Gefahren wurde daher täglich mit 5 Bussen.

Die Resonanz war ausgesprochen positiv, wie man immer wieder von Teilnehmern noch jetzt hört. Die angebotenen Stadtführungen wurden in Vielzahl gerne wahrgenommen. Eigenständige, durch die Nähe zum Ortskern gut mögliche „Stadtbummel“, waren für andere Teilnehmer das Highlight. Nur einige wenige Personen (auf Grund von Gehbehinderungen oder der Belastungen durch Hitze) verblieben die ganze Zeit im Restaurant. Für die „Rückkehrer“ des geführten oder privaten Programms gab es die gewohnte musikalische Untermalung durch Herrn Plag, Musiker.

Insgesamt meldeten sich im Vorfeld nur wenige Teilnehmer aus verschiedenen Gründen ab, ganz wenige erschienen unangemeldet nicht zur Fahrt.

Die hohe Resonanz gegenüber den Vorjahren ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf die diesjährige Kostenfreiheit zurück zu führen. Bei den Teilnehmern, welche in

anderen Jahren aus Kostengründen nicht mit führen, handelt es sich allerdings überwiegend nicht um finanziell benachteiligte Menschen.



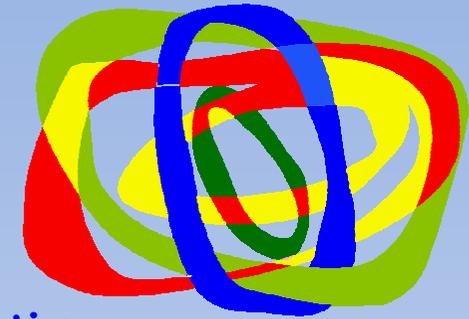
Vorlage Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Drucksachen-Nr: V/2011/124-E01 Status: öffentlich												
Aktionswoche60+ in Herzogenrath hier: Rückblick													
Beratungsfolge:	TOP: 5												
Datum Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td>22.09.2011</td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>Ausschuss für Arbeit und Soziales</td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.	22.09.2011				Ausschuss für Arbeit und Soziales			
Einst.	Ja	Nein	Enth.										
22.09.2011													
Ausschuss für Arbeit und Soziales													

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

In der Zeit vom 03. – 08.08.2011 fand die Erste Herzogenrather Aktionswoche 60+ statt. Die Verwaltung wird in der Sitzung einen kurzen Rückblick präsentieren.



Koordination
Rund ums Alter

03.Juli - 08.Juli 2011

Erste Herzogenrather
Aktionswoche 60+

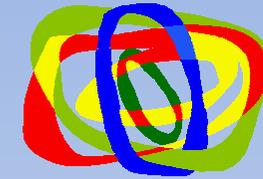


Auftaktveranstaltung

03. Juli 2011

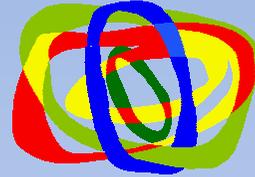
Bürgerhaus - Kohlscheid

-Vielfältiges Programm durch Akteure sozialer Arbeit im Seniorenbereich



- Arbeiterwohlfahrt Sozialstation
 - Johanniter-Unfall-Hilfe
 - Senioren ohne Grenzen
 - Pflegestützpunkt StädteRegion Aachen, Wohn- und Pflegeberatung
 - Demenznetz Aachen
 - Sanitätshaus Peters
 - Aachener Verkehrsverbund, ASEAG
 - Demenz-Service-Zentrum
 - Koordinationsbüro Rund ums Alter
 - Reha-Sportverein Kohlscheid
 - FESA
- Highlight :
- Fahrscheinautomatentraining, Deutsche Bahn
 - Alterssimulations-Anzug, Aachener Verkehrsverbund

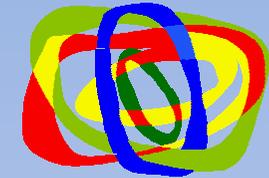
Eindrücke



Erstrebenswertes Alter



abfotografiert aus: Werbematerial der
Caritas

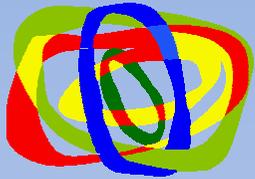


Führung Generationenpark 04. Juli 2011



Kohlscheids fast vergessene Grundstücke. Hier „Villa Burckhardt“, ein ehemaliges Gelände des EBV, welches zum symbolischen Preis von der Verwaltung erworben und in einem Projekt der Stadt Herzogenrath zum einmaligen Gelände mit seltenen Baumbeständen umgestaltet wurde.





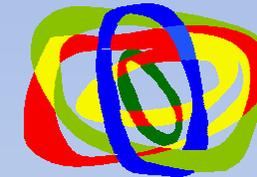
**Karbon-Routen-
Wanderung
05. Juli 2011**

Längst vergangene Zeiten des Kohlebergbaus - erst an der Oberfläche, später in unzähligen kleinen Privat-Schächten - die für Kohlscheid typisch sind, wurden erklärt. Die Kohlscheider Bergleute benannten als ihre Schutzpatronin „Katharina“, anders als üblich im Bergbau Barbara.

Im Anschluss konnte im „Café Op d´r Scheet“ geklönt werden, was alle Teilnehmer gerne annahmen.



Nepper, Schlepper, Bauernfänger Kriminalprävention für Senioren 05. Juli 2011

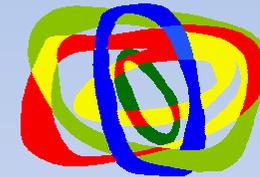


Herr Heidlas erläuterte den Anwesenden sehr lebendig und praxisnah anhand von vielen Fallbeispielen das große Themenfeld der Seniorenprävention. Sicher in der Wohnung, sicher im Alltag und sicher im Straßenverkehr waren Themen, die die Besucher zahlreich erscheinen ließen, um den Rat des ehrenamtlichen Seniorenberaters vom KK44 zu beherzigen.



Nicht nur Frühstück, sondern auch eine gehörige Portion geistiger Nahrung erwartete die Besucher beim Literatur-Quiz.

Ein Literatur-Quiz, das es in sich hatte. Oder wissen Sie auf Anhieb, wie die charakteristische Blume der Romantik heißt oder in welcher Novelle Hauke Haien die Hauptperson ist?



**Literatur-Frühstück mit Quiz
Wer kennt sich aus?
06. Juli 2011**





Die Begegnungsstätte der AWO Merkstein in der Römerstraße 209 war gut gefüllt: 25 Personen hatten den Weg zu diesem Vortrag gefunden, der fachmännisch und gut aufgearbeitet von Herrn POK Wilhelm Lersmacher in Begleitung von Herrn PHK Dieter Wisniewski, Leiter der Direktion Verkehr, VI 1 Prävention/Opferschutz, präsentiert wurde.

Die Thematik Leistungsfähigkeiten im Alter und mögliche Kompensationsfähigkeiten wurden erörtert.

Die Hauptunfallursache der Vorfahrtsregeln der Altersstufe 60 + wurde an praktischen Fallballspielen von der Gruppe gemeinsam diskutiert und bewertet.

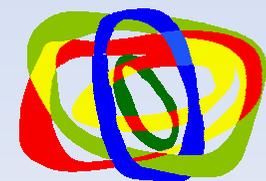


**„Sicher mobil“
Verkehrsschulung für
Senioren
06. Juli 2011**

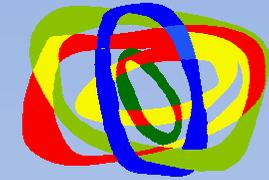
Kinofilm „Herbstgold“ 06. Juli 2011



Regisseur Jan Tenhaven persönlich
erläuterte Entstehungsprozesse
der Dokumentation über
Sportverhalten im Alter.

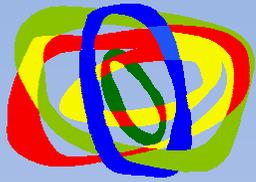


Wanderung Broichbachtal 07. Juli 2011



Das Landschaftsschutzgebiet Broichbachtal bietet Naturereignisse, die Ihresgleichen suchen. Vorbei am „Krohnebösch“ (Krähenwald) ging's zur Marienkapelle. Wegekreuze und Marksteine sind in Mundart beschriftet und wahren so ein Stück Tradition. Gedenksteine am Wegesrand zeigen die Standorte alter Mühlen auf.



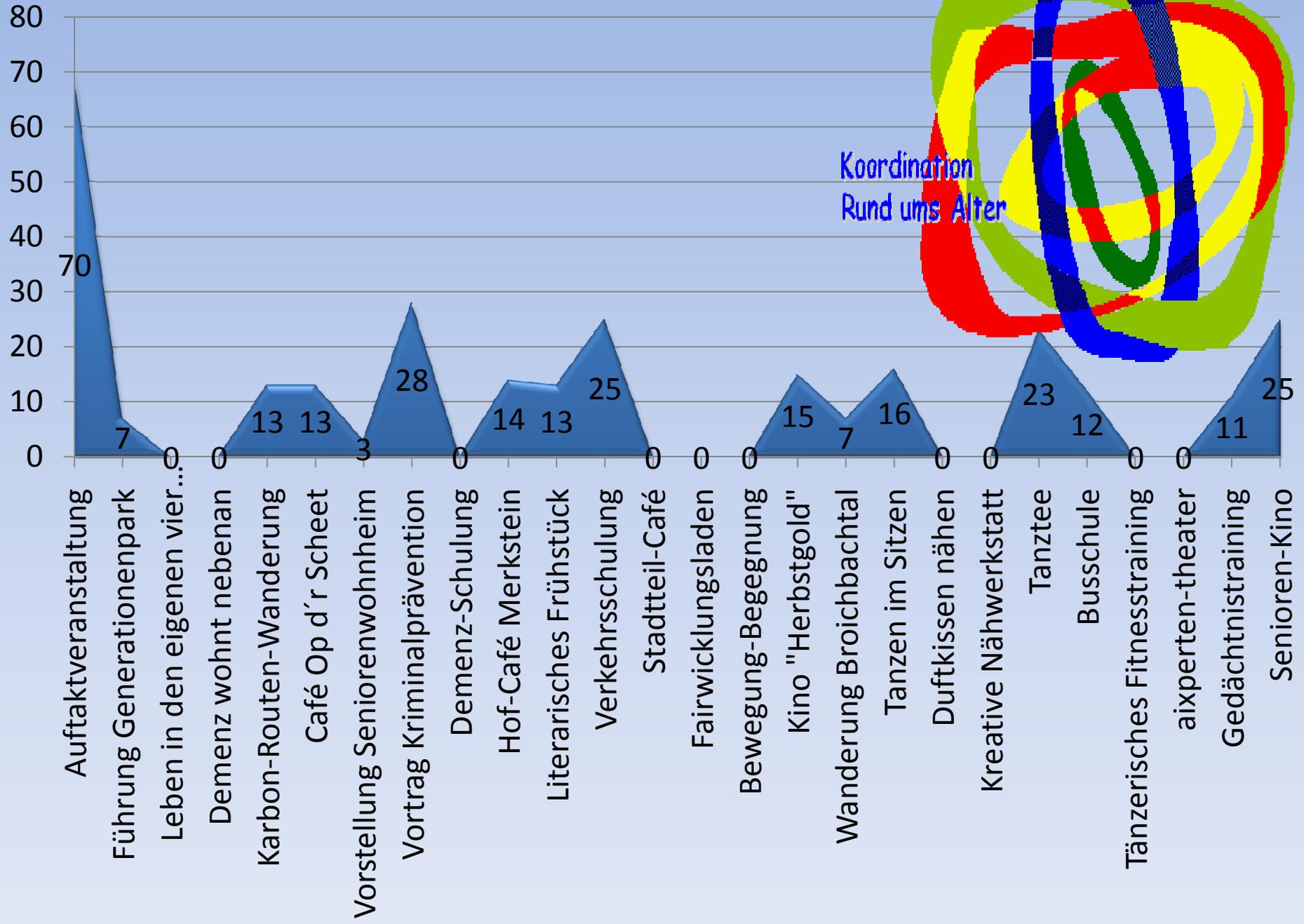


Busschule in Herzogenrath 07. Juli 2011

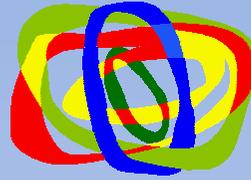
Anhand von Beispielen wurde demonstriert, wo Gefahren lauern, wie sie vermieden werden können und was auch - neben dem Busfahrer - der Fahrgast beachten sollte. Im Anschluss spendierte die ASEAG Kaffee und Kuchen, so dass bei einem Plausch noch Rückfragen gestellt werden konnten.



■ Besucherzahlen

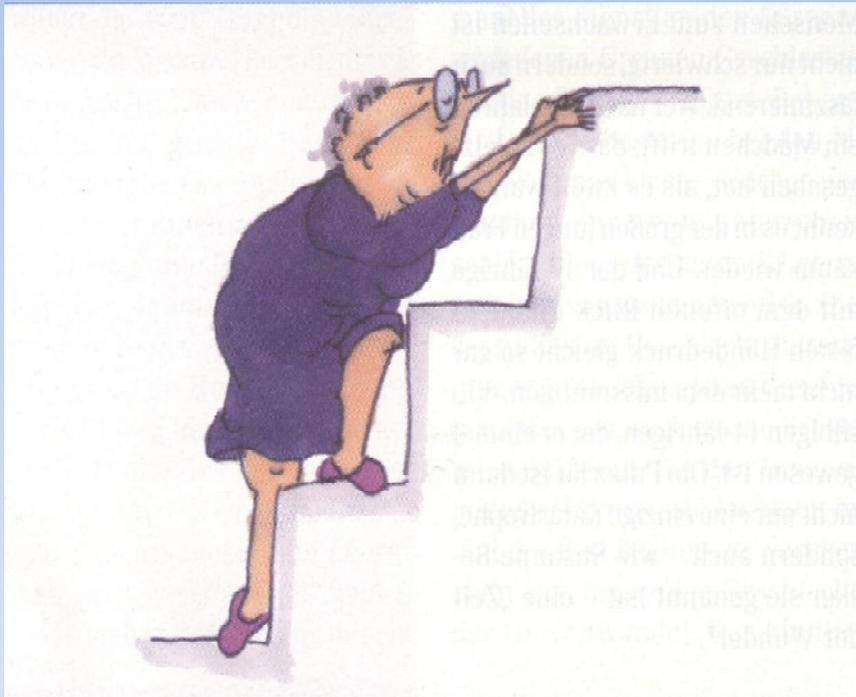


Koordination
Rund ums Alter

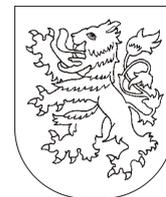


Koordination
Rund ums Alter

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Es kommt mir auch so vor,
als würde man heutzutage
die Treppen steiler machen.



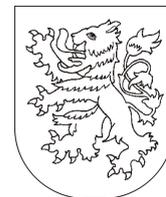
Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/231								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Beschlusskontrolle										
Beratungsfolge:		TOP: 6								
Datum	Gremium	<table border="1" style="float: right;"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
22.09.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die beigefügte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Aus der beiliegenden Zusammenstellung ist der derzeitige Stand der Beschlussausführungen zu den im Ausschuss für Arbeit und Soziales behandelten Angelegenheiten ersichtlich. Die Verwaltung bittet um Kenntnisnahme.



Vorlage	Drucksachen-Nr: V/2007/287-E04								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich								
Armut in Herzogenrath Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes / Armutsberichtes hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2010									
Beratungsfolge:	TOP: 8								
Datum Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.						
22.09.2011 Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt der Verwaltung für die Vorstellung der sozialräumlichen Auswertung der Transferleistungsempfänger in Herzogenrath.

Sachverhalt:

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf die bisherigen Beratungen zu Drucksachen-Nr. V/2007/287 nebst Ergänzungsvorlagen und V/2010/155 sowie auf die Bemerkungen in den Beschlusskontrollen verwiesen.

Beschlussgemäß wird in der Sitzung der Ergebnisstand der sozialräumlichen Auswertung der Transferleistungsempfänger in Herzogenrath vorgestellt.

**SOZIALRAUMORIENTIERTE
AUSWERTUNG
DER
TRANSFERLEISTUNGS-
EMPFÄNGER
HERZOGENRATH**

BEVÖLKERUNG HERZOGENRATH

Stand 31.12.2010
46551 Personen

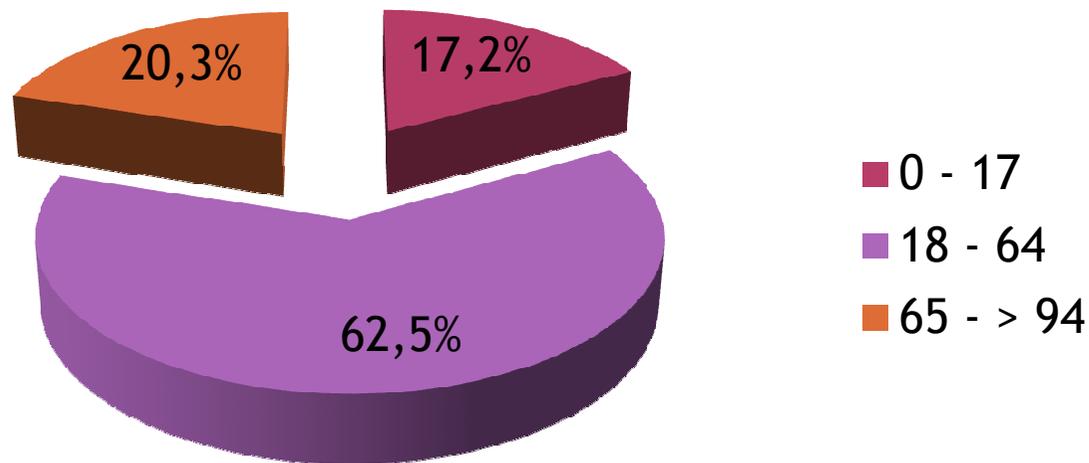
	gesamt	weiblich	männlich
	46551	23789 51,1 %	22762 48,9 %
Merkstein	12405 26,6 %	6324 51 %	6081 49 %
Herzogenrath	14945 32,1 %	7714 51,6 %	7231 48,4 %
Kohlscheid	19201 41,3 %	9751 50,8 %	9450 49,2 %

BEVÖLKERUNG HERZOGENRATH NACH ALTER

Stand 31.12.2010
46551 Personen

0 - 17	18 - 64	65 - >94
8011	29094	9446

% uale Verteilung



VERTEILUNG AUF STADTTEILE

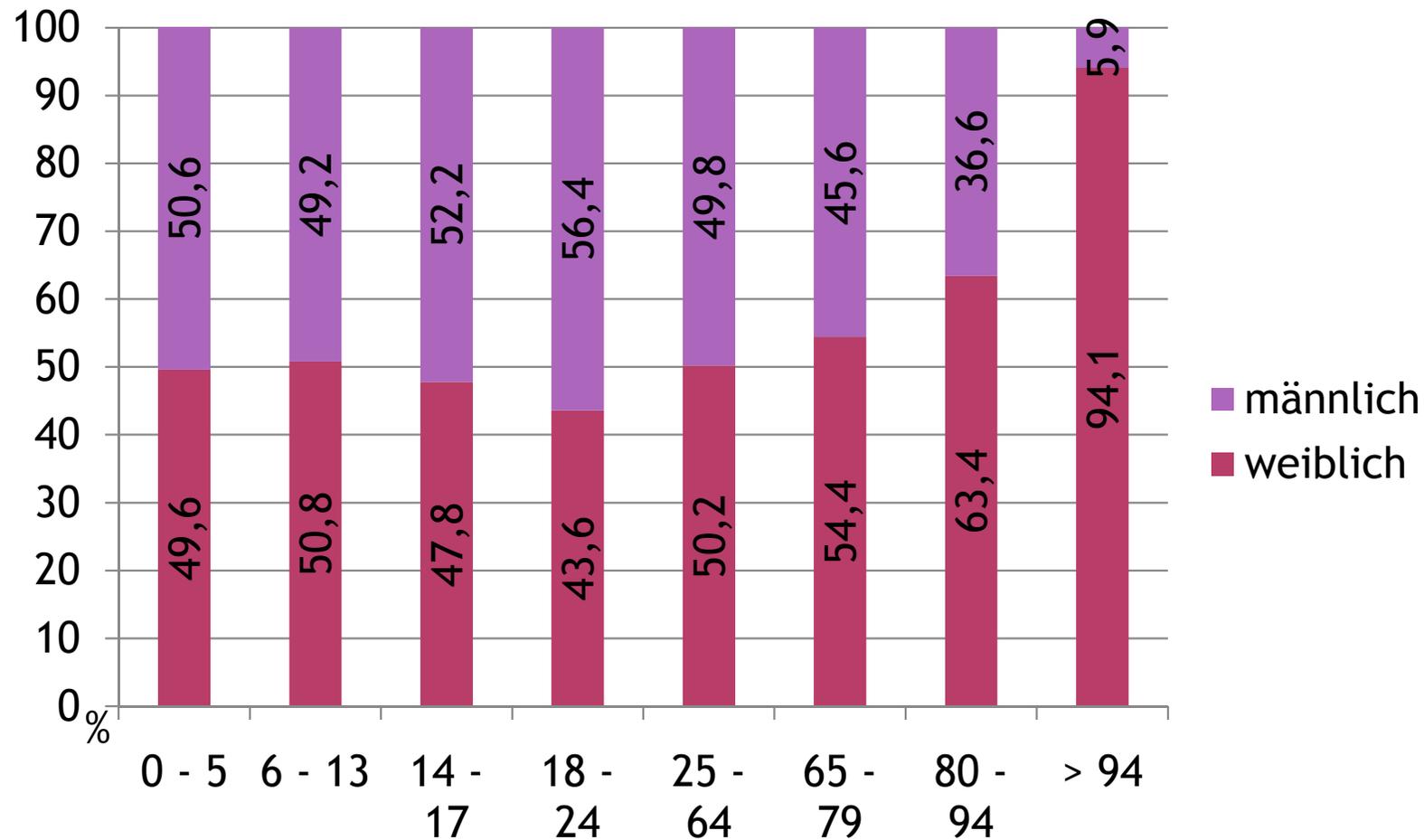
	0-5	6 - 13	14 - 17	18 - 24	25 - 64	65 - 79	80 - 94	> 94
Herzogenrath gesamt 46551	2235	3714	2062	3773	25321	7253	2133	60
Merkstein 12405 26,60%	581 26%	1039 28%	605 29,30%	994 26,40%	6517 25,70%	2018 27,80%	634 29,70%	17 28,30%
Herzogenrath-Mitte 14945 32,10%	721 32,30%	1184 31,90%	668 32,40%	1257 33,30%	8218 32,50%	2235 30,80%	634 29,70%	28 46,70%
Kohlscheid 19201 41,30%	933 41,70%	1491 40,10%	789 38,30%	1522 40,30%	10586 41,80%	3000 41,40%	865 40,60%	15 25%

ALTERSMÄßIGE VERTEILUNG INNERHALB DER STADTTEILE

	0-5	6 - 13	14 - 17	18 - 24	25 - 64	65 - 79	80 - 94	> 94
Herzogenrath gesamt 46551	2235 5%	3714 8%	2062 4%	3773 8%	25321 54%	7253 16%	2133 5%	60 unter 1%
Merkstein 12405	581 5%	1039 8%	605 5%	994 8%	6517 53%	2018 16%	634 5%	17 unter 1%
Herzogenrath-Mitte 14945	721 5%	1184 8%	668 5%	1257 8%	8218 55%	2235 15%	634 4%	28 unter 1%
Kohlscheid 19201	933 5%	1491 8%	789 4%	1522 8%	10586 55%	3000 16%	865 4%	15 unter 1%

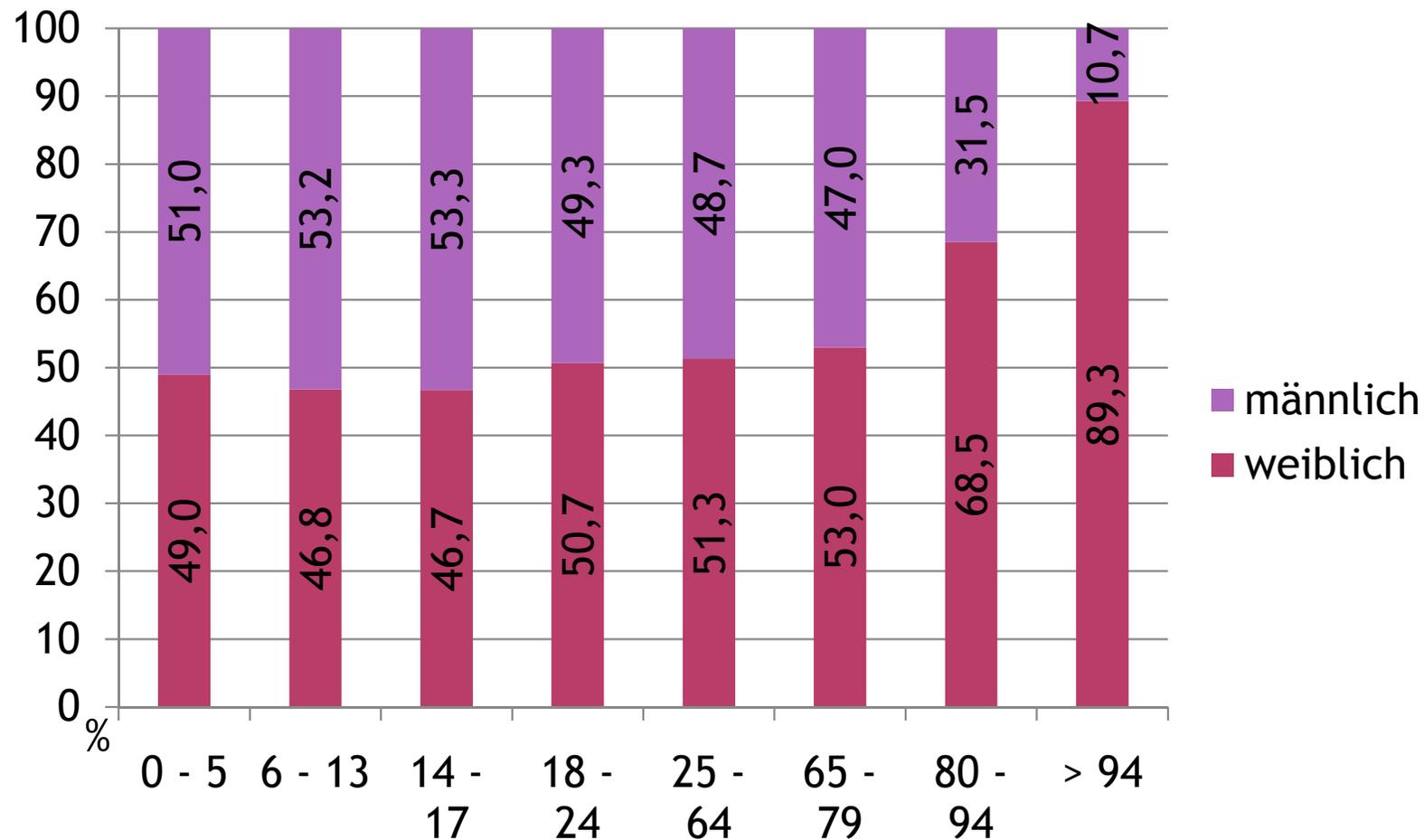
GESCHLECHTERSPEZIFISCHE AUSWERTUNG

MERKSTEIN

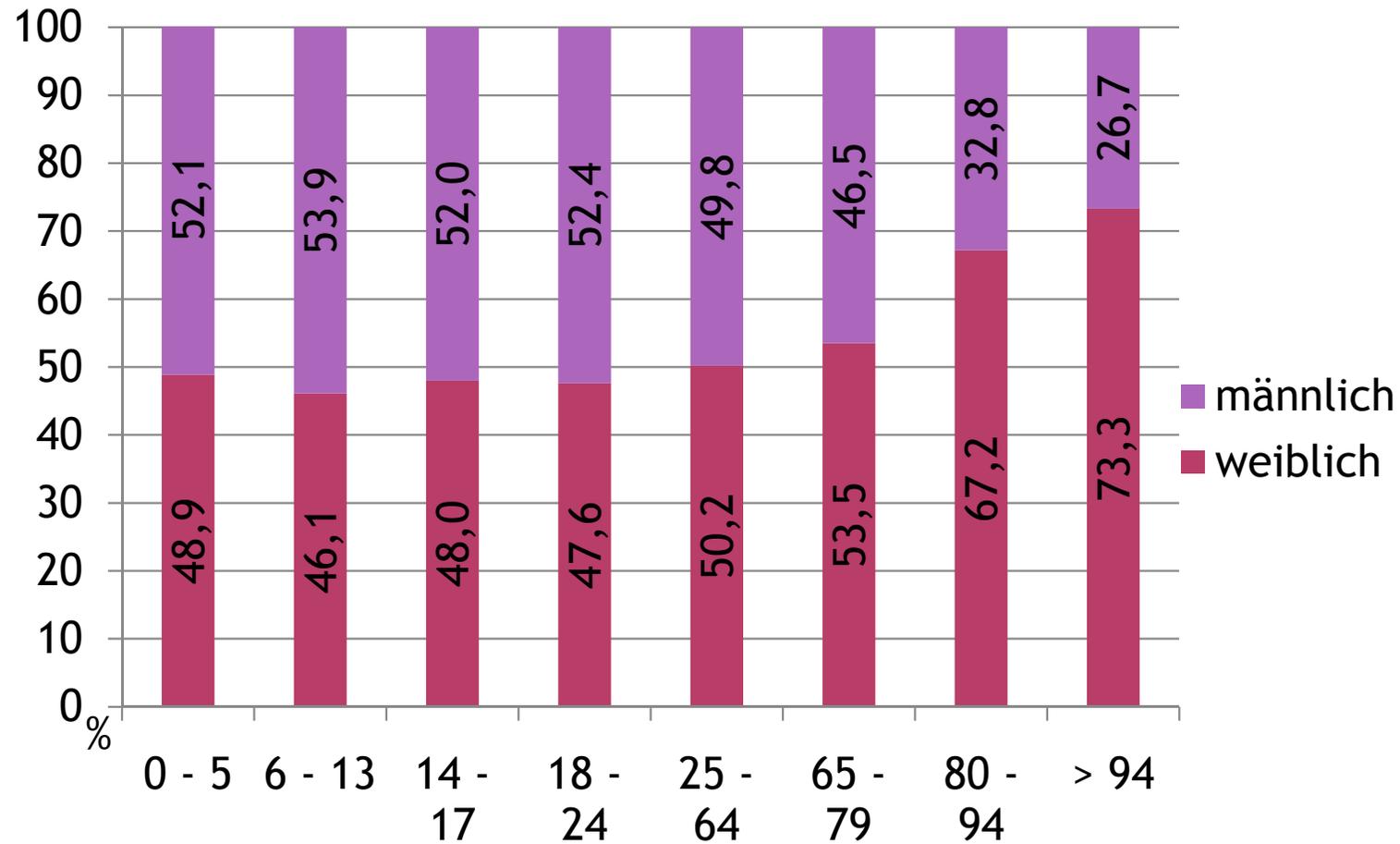


GESCHLECHTERSPEZIFISCHE AUSWERTUNG

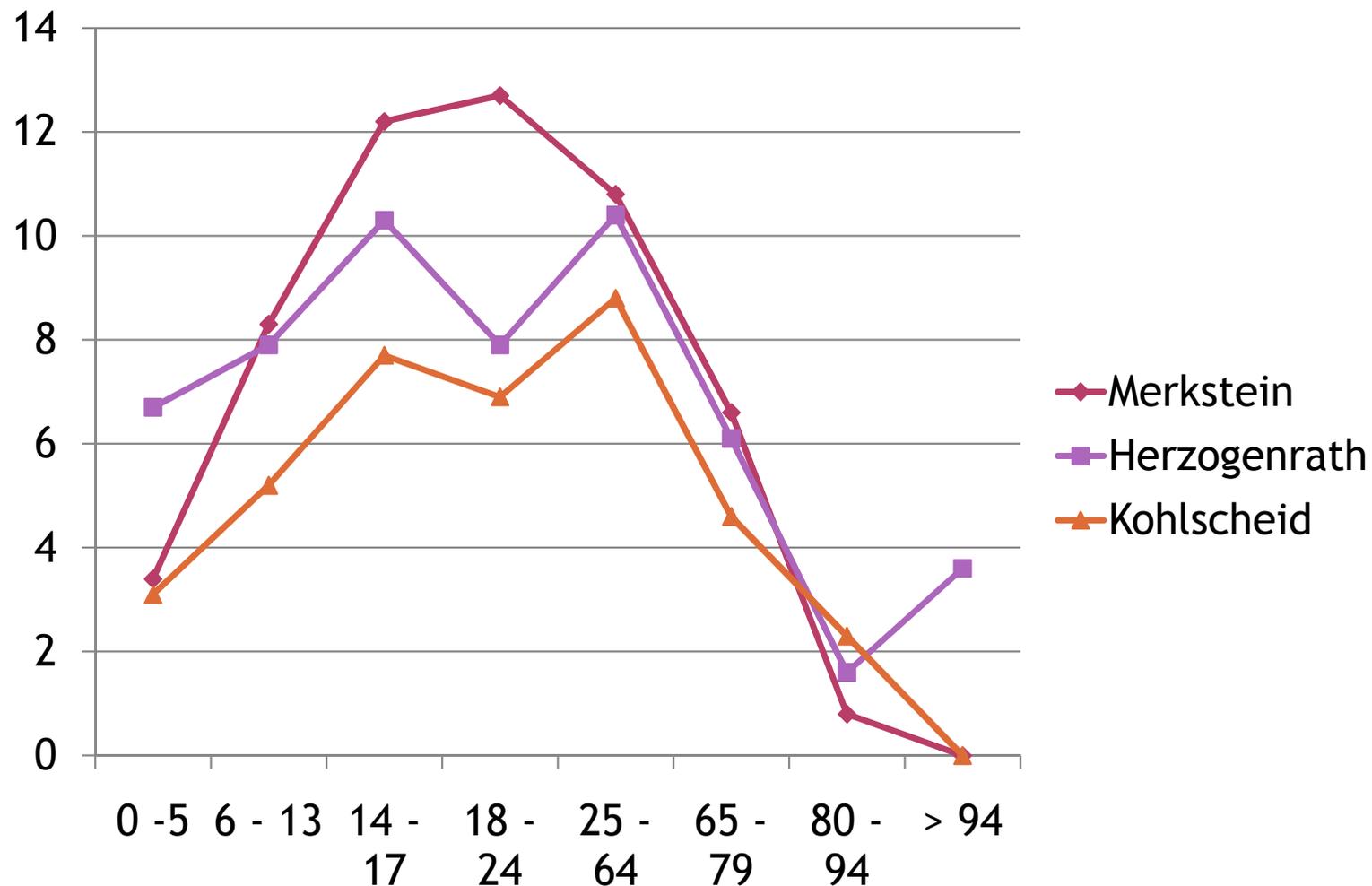
HERZOGENRATH



GESCHLECHTERSPEZIFISCHE AUSWERTUNG KOHLSCHEID



BEVÖLKERUNGSANTEIL MIT AUSLÄNDERSTATUS IN PROZENT



TRANSFERLEISTUNGS- EMPFÄNGER



SOZIALRÄUMLICHE AUSWERTUNGSBEZIRKE

⊙ Merkstein

- 1 Merkstein-Nord
- 2 Merkstein Mitte
- 3 Alt-Merkstein

⊙ Herzogenrath-Mitte

- 4 Ritzerfeld
- 5 Herzogenrath-Mitte
- 6 Herzogenrath-Ost
- 7 Straß

⊙ Kohlscheid

- 8 Kohlscheid-Nord
- 9 Pannesheide-Bank
- 10 Kohlscheid-Mitte
- 11 Kohlscheid-Süd



GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND BEI DAUERHAFTER, VOLLER ERWERBSMINDERUNG

Stichtag 30.06.2011

364 Personen, davon 223 Grundsicherung im Alter und 141 Grundsicherung wegen dauerhafter, voller Erwerbsminderung

GruSi im Alter

	18 - 24	25 - 64	65 - 79	80 - 94	>94
weiblich			127	29	1
männlich		2	59	5	

GruSi wegen dauerhafter, voller Erwerbsminderung

	18 - 24	25 - 64	65 - 79	80 - 94	>94
weiblich	11	59			
männlich	10	60	1		

Aufteilung nach Stadtteilen

GruSi im Alter

Merkstein

Herzogenrath-Mitte

Kohlscheid

Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen
1	9	4	24	8	13
2	10	5	48	9	18
3	14	6	7	10	44
		7	21	11	15
Gesamt	33	Gesamt	100	Gesamt	90
	14,8%		44,8 %		40,4%

Aufteilung nach Stadtteilen

GruSi bei dauerhafter, voller Erwerbsminderung

Merkstein		Herzogenrath-Mitte		Kohlscheid	
Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen
1	12	4	9	8	8
2	13	5	20	9	15
3	13	6	4	10	15
		7	7	11	19
Gesamt	38	Gesamt	40	Gesamt	57
	26,9 %		28,4 %		40,4 %

Auswärtige LeistungsempfängerInnen: 6 Personen (4,3 %)

HILFE ZUM LEBENSUNTERHALT

Stichtag 01.04.2011

81 Personen, davon 47 weiblich und 34 männlich

	0 - 5	6 - 13	14 -17	18 - 24	25 - 64 *
weiblich	4	3	2		38
männlich	1	1		1	31

* ab 65 Wechsel in die Grundsicherung

Aufteilung nach Stadtteilen

Merkstein		Herzogenrath-Mitte		Kohlscheid	
Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen
1	6	4	9	8	5
2	6	5	13	9	10
3	8	6	1	10	10
		7	2	11	10
Gesamt	20	Gesamt	25	Gesamt	35
	24,7%		30,9%		43,2%

Auswärtige LeistungsempfängerInnen : 1 Personen (1,2%)

WOHNGELD

Stichtag 01.04.2011

1490 Personen

0 - 5	6 - 13	14 -17	18 - 24	25 - 64	65 - 79	80 - 94	> 94
194	335	106	110	507	123	113	2

Aufteilung nach Stadtteilen

Merkstein

Herzogenrath-Mitte

Kohlscheid

Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen
1	154	4	172	8	102
2	158	5	213	9	102
3	138	6	44	10	192
		7	111	11	104
Gesamt	450	Gesamt	540	Gesamt	500
	30,2 %		36,2 %		33,6 %

SGB II LEISTUNGSEMPFÄNGER - HARTZ 4

Stichtag 31.12.2010

3793 Personen, die im SGB II betreut wurden, d.h. nicht nur erwerbsfähige Personen, sondern auch deren nicht erwerbsfähigen, zur Bedarfsgemeinschaft gehörenden Angehörigen

davon

2624 erwerbsfähig und 1169 nicht erwerbsfähig

- vorheriger ALG-Bezug 784 Personen
- arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige 1118 Personen

Ausgehend von den 2624 erwerbsfähigen Personen sind

	deutsch		nicht deutsch	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
unter 25 Jahren	210 8 %	210 8%	56 2,1 %	58 2,2 %
über 25 Jahren	872 33,2 %	816 31,1 %	222 8,5 %	175 6,7 %

ohne Zuordnung 5 Personen (0,2 %)



Aufteilung nach Stadtteilen

Merkstein		Herzogenrath-Mitte		Kohlscheid	
Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen
1	231	4	339	8	196
2	227	5	459	9	180
3	203	6	67	10	282
		7	207	11	214
Gesamt	661	Gesamt	1072	Gesamt	872
	25,2%		40,9 %		33,2 %

Ohne Zuordnung: 19 Personen (0,7 %)

SGB III - ARBEITSLOSENGELD (VERSICHERUNGSLEISTUNG)

Stichtag 31.12.2010

523 Personen, davon 200 weiblich und 323 männlich

Aufteilung nach Stadtteilen

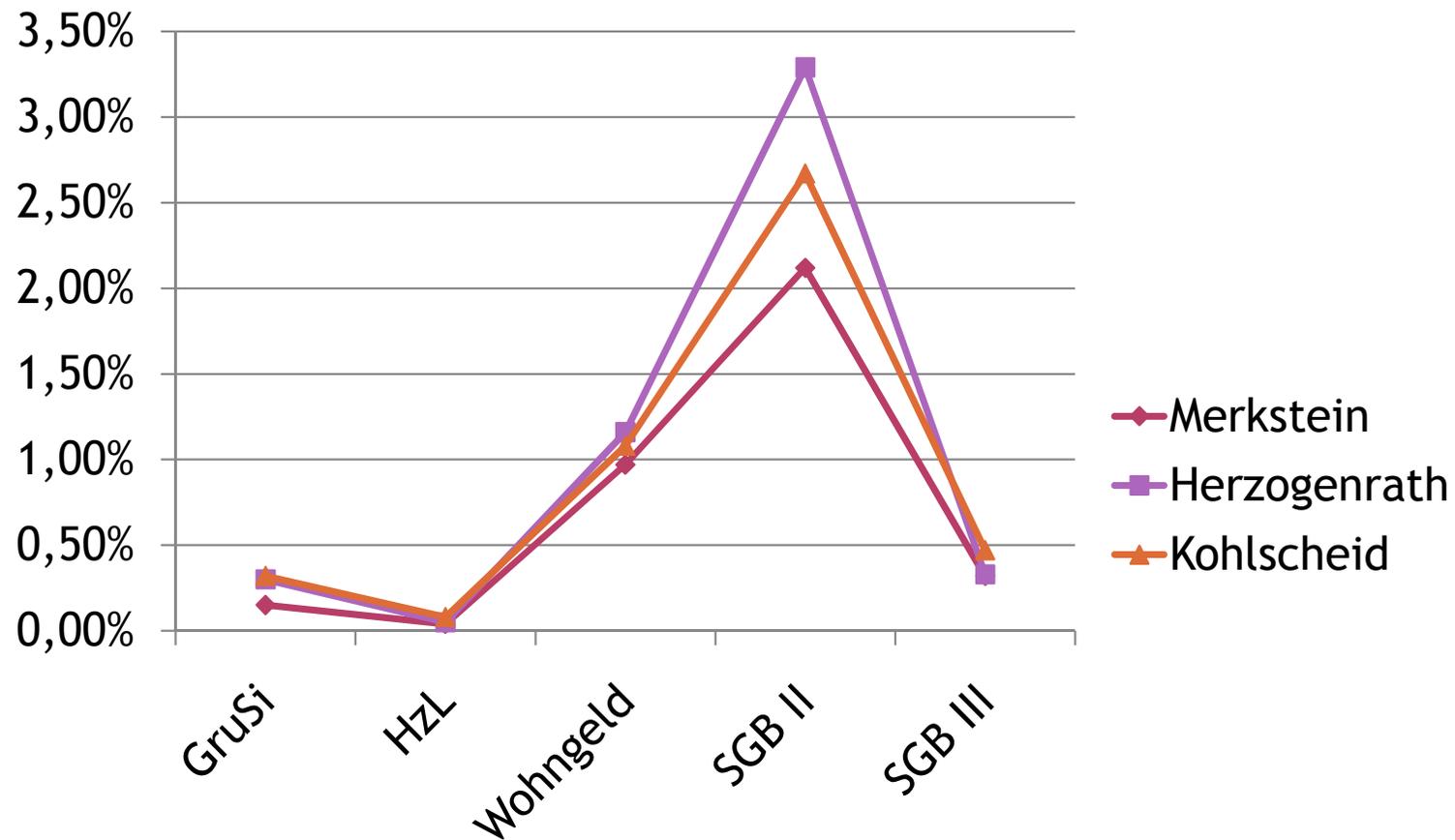
Merkstein		Herzogenrath-Mitte		Kohlscheid	
Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen	Bezirk	Anzahl Personen
1	59	4	42	8	45
2	37	5	62	9	45
3	53	6	21	10	80
		7	28	11	50
Gesamt	149	Gesamt	153	Gesamt	220
	28,5 %		29,2 %		42,1 %

Ohne Zuordnung: 1 Person (0,2%)

HERZOGENRATH IM ÜBERBLICK

	Merkstein	Herzogenrath	Kohlscheid
%-Anteil Gesamtbevölkerung	26,6 %	32,1 %	41,3 %
GruSi > 65	14,8 %	44,8 %	40,4 %
GruSi > 18	26,9 %	28,4 %	40,4 %
HzL	24,7 %	30,9 %	43,2 %
Wohngeld	30,2 %	36,2 %	33,6 %
SGB II	25,2 %	40,9 %	33,2 %
SGB III	28,5 %	29,2 %	42,1 %

HERZOGENRATH IM ÜBERBLICK



HERZOGENRATH IM ÜBERBLICK

% GEMESSEN AN GESAMTBEVÖLKERUNG

	GruSi (komplett)	HZL	Wohngeld	SGB II <small>Grdl. Alle Personen, die im SGB II betreut werden.</small>	SGB III
Merkstein	0,15 %	0,04 %	0,97 %	2,12 %	0,32 %
H´rath- Mitte	0,3 %	0,05 %	1,16 %	3,29 %	0,33 %
Kohlscheid	0,32 %	0,08 %	1,08 %	2,67 %	0,47 %
	0,78 % 364 Pers.	0,17 % 81 Pers.	3,2 % 1490 Pers.	8,15 % 3793 Pers.	1,12% 523 Pers.

Dies entspricht einer Quote an SozialleistungsempfängerInnen von 13,43 %
(6251 Personen)

- unter Einbezug der geringen Zahl an auswärtigen bzw. nicht zuordnen baren LeistungsempfängerInnen.

**VIELEN DANK
FÜR
IHRE AUFMERKSAMKEIT**



Vorlage	Drucksachen-Nr: V/2011/135-E01								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste	Status: öffentlich								
Bildungspaket in Herzogenrath hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011									
Beratungsfolge:	TOP: 9								
Datum Gremium	<table border="1"><thead><tr><th>Einst.</th><th>Ja</th><th>Nein</th><th>Enth.</th></tr></thead><tbody><tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr></tbody></table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.						
22.09.2011 Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Verwaltung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.03.2011 ist überwiegend rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft getreten.

Die wesentlichste Änderung ist die Einführung der Leistungen im Rahmen Bildung und Teilhabe. Hier dürfen erstmals auch Wohngeldempfänger und bestimmte Kindergeldempfänger Anträge stellen. Auch hierfür wird die Stadt Herzogenrath zuständig.

Aufgrund der Abwicklung des Leistungspaketes Bildung und Teilhabe kommt ein Mehraufwand auf den Bereich Soziales zu, dessen Auswirkungen insbesondere auf Personal noch zu evaluieren sind.

§ 34 SGB XII sowie weitere Anspruchsnormen für die Leistungen Bildung und Teilhabe beinhalten folgende Leistungen, für die bislang eine Leistungsgewährung nicht (bzw. nur vereinzelt) vorgesehen war:

- Ausflüge und mehrtägige Fahrten (Schule oder Kindertageseinrichtung)
- Schulbedarfspaket (100,-- € für die Schulausstattung – 70,-- € im August und 30,--€ im Februar)
- Schülerbeförderungskosten – kommen aufgrund der Schülerfahrtkostengesetzes NRW wahrscheinlich nicht zum Tragen
- Lernförderung
- Zuschuss zum Mittagessen (Schule oder Kindertageseinrichtung, bis 31.12.2013 auch Horte)
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (10,-- € monatlich für Vereinsmitgliedschaften, (musikalische) Unterrichtsstunden, gemeinschaftliche Freizeitangebote)
-

Alle bewilligten Leistungen sind unmittelbar an den jeweiligen Leistungsträger zu entrichten. Ausnahme dabei stellt lediglich das Schulbedarfspaket dar.

Träger. Gemeinsam mit dem Sportverband ist eine Infoveranstaltung geplant, in der Sportvereine etwa im Spätherbst nach ihren Erfahrungen befragt werden sollen, um mögliche Informationsdefizite auch auszugleichen. Ferner wurde mit Plakaten und Flyern auf die neue Leistungsart hingewiesen.

Nach den Ferien ist mit einer sprunghaften Steigerung der Anträge allein wegen der erstmaligen Beantragung einer Unterstützung für Schulessen zu rechnen nach dem Wegfall des Landesprogramms „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

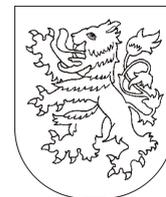
Nach Aussage der StädteRegion trägt der Bund die Verwaltungskosten für die Erbringung der Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 6b BKGG.

Hierzu wird ein Anteil von 0,2 % der Unterkunfts- und Heizkosten im SGB II zusätzlich als pauschale Bundesbeteiligung übernommen. Da das Land die Beträge nach denselben Kriterien an die Kreise/kreisfreien Städte weiterleitet, ist innerhalb der StädteRegion vorgesehen, die Mittel ebenfalls im Verhältnis der KdU im SGB II an die regionsangehörigen Kommunen weiterzuleiten. Für Herzogenrath würde dies eine Erstattung i.H.v. knapp 14.000,-- € mit sich bringen.

Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgeerträge):

Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe, deren Erfüllung dauerhaft voraussichtlich Mehrkosten i.H.d. Kosten für eine Vollzeitkraft des mittleren Dienstes abzgl. der Refinanzierung mittels der durch die StädteRegion weiterzuleitenden pauschalen Bundesbeteiligung verursacht.

Hinsichtlich der Sachkosten für die Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden für das laufende Jahr noch 9.000,-- € angemeldet.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/233		
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich		
Vertragsverlängerung Verbraucherberatungsstelle Alsdorf					
Beratungsfolge:			TOP: 10		
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
22.09.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales				
18.10.2011	Rat der Stadt Herzogenrath				

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt dem Stadtrat den bestehenden Vertrag nicht zu kündigen und somit einer Finanzierungsbeitrag der Stadt Herzogenrath an der Verbraucherberatungsstelle in Alsdorf über das Jahr 2012 hinaus zuzustimmen.

Die Bezuschussung sollte nur und solange erfolgen, wie sich das Land sowie die kreisangehörigen Städte Alsdorf, Baesweiler und Würselen ebenfalls beteiligen. Entsprechende vertragliche Regelungen sollten beibehalten und die erforderlichen Mittel veranschlagt werden.

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 20.06.2006 hat der Rat auf Empfehlung des Fachausschusses die Fortführung der Verbraucherberatungsstelle für das nördliche Kreisgebiet über den [31.12.2007](#) hinaus beschlossen.

Die Verbraucherberatungsstelle in Alsdorf nahm im März 1993 ihre Tätigkeit auf und umfasst das Einzugsgebiet der Nordkreisstädte Baesweiler, Herzogenrath, Würselen und Alsdorf. Der zuletzt mit der Verbraucher-Zentrale NRW geschlossene Vertrag von März 1999 hat eine Laufzeit von 5 Jahren, die sich jeweils um 5 Jahre verlängert, wenn der Vertrag nicht 12 Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Im Falle einer Nichtfortführung des Vertragsverhältnisses wäre der Vertrag somit zum [31.12.2011](#) zu kündigen. Die Stadt Alsdorf hat in dem Vertrag die Verpflichtung zur Beteiligung von 50 v.H. an den laufenden Personal-, Sach-, und Gemeinkosten übernommen.

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den 4 Nordkreisstädten über die Mitfinanzierung werden diese 50 v.H. von diesen Städten auf der Basis der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW ermittelten Einwohnerzahlen des jeweiligen Vorjahres getragen. Die verbleibenden 50 v.H. der Kosten werden aus Mitteln des Landes NRW über die Verbraucher-Zentrale finanziert.

In den vergangenen Wochen mit der Stadt Alsdorf geführte Gespräche signalisieren, dass bei den übrigen beteiligten Kommunen grds. die Bereitschaft besteht, sich weiterhin an der Finanzierung zu beteiligen. In Baesweiler und Alsdorf wurden entsprechende Ratsbeschlüsse bereits herbeigeführt. In Würselen wird die Thematik im November behandelt.

Die Verbraucherberatungsstelle in Alsdorf erfreut sich bei den Ratsuchenden besonderer Wertschätzung. Mehr als 14.700 Erstkontakte im Jahr, ob telefonisch, persönlich, schriftlich oder bei Veranstaltungen belegen die Kompetenz dieser Anlaufstelle für Ratsuchende. Aufgrund Stadtratsbeschluss vom 05.10.2010 wurde eine weitere Kraft eingestellt, deren Kosten zu 50 % vom Land NRW getragen werden. Dies erfolgte aufgrund Überlastung der Beratungsstelle, Sie ist für Verbraucherfragen und -probleme unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Mit der neuen Stelle konnten u.a. in Herzogenrath diverse Termine angeboten werden. Hierzu wird auf die beigefügte Anlage verwiesen. Der Jahresbericht 2010 der Beratungsstelle Alsdorf steht im Ratsinformationssystem als pdf-Datei zur Verfügung.

Rechtliche Grundlagen:

Ratsbeschluss vom 20.06.2006

Finanzielle Auswirkungen (einschl. Darstellung der Folgekosten – Sach- und Personalaufwendungen – sowie Folgerträge):

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe

Haushaltsmittel stehen für 2011 i.H.v. 31.000,-- € auf Kostenstelle 110000, Kostenträger 0212210, Sachkonto 531821 zur Verfügung bzw. sind für die Folgejahre entsprechend zu veranschlagen.



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/133-E01								
Erstellt durch: Fachbereich 3 Stadtentwicklung und Umwelt		Status: öffentlich								
Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath										
hier: Sachstandsbericht										
Beratungsfolge:		TOP: _____								
Datum	Gremium	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
22.09.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales der Stadt Herzogenrath nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt:

In seiner Sitzung vom 17.05.2011 hat der Ausschuss für Arbeit und Soziales unter TOP 9 zur Ursprungsdrucksachen-Nr. V/2011/133 die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen und hat unter anderem die Verwaltung beauftragt, mit den beiden Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in Verhandlung zu treten, um weitere Wohnprojekte auf städtischer Ebene zu verwirklichen.

Zwischenzeitlich hat die Verwaltung mit dem Geschäftsführer der Gemeinnützigen Baugenossenschaft e.G. in Herzogenrath erste Gespräche geführt. Die Gemeinnützige Baugenossenschaft e.G. Herzogenrath lässt derzeit von ihrem Dachverband prüfen, ob die vom Ausschuss angedachten seniorengerechten Alternativwohnformen noch mit dem gemeinnützigen Genossenschaftsgedanken rechtlich vereinbar sind.

Sofern die Prüfung hierzu positiv ausfällt, werden umgehende weitere Gespräche mit der Gemeinnützigen Baugenossenschaft e.G. Herzogenrath geführt, da Anlass der rechtlichen Prüfung konkrete Bauvorhaben waren, die dann gegebenenfalls weiter verfolgt werden können.

Als weitere Wohnungsbaugesellschaft ist im Herzogenrather Stadtgebiet die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der StädteRegion Aachen (GWG) aktiv. Die Stadt Herzogenrath hat mit Herrn Bürgermeister von den Driesch ein ständiges Mitglied im Aufsichtsrat der GWG) und nimmt hierüber regelmäßig Einfluss auf mögliche Wohnprojekte im Stadtgebiet Herzogenrath. So ist maßgeblich das Bestandsprojekt möglich geworden.

Im Übrigen wird das Technische Dezernat der Stadt Herzogenrath weiterhin private Investoren entsprechender Wohnanlagen an den Ausschuss für Arbeit und Soziales

verweisen, um, wie in der Vergangenheit bereits praktiziert, die politischen Vertreter sehr frühzeitig hierzu einzubinden und deren Erfahrungen in die Projekte einfließen zu lassen.

Herzogenrath, den 08.09.2011

(Christoph von den Driesch)



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/237								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung der SJD-Die Falken-Merkstein vom 14.05.2011 hier: "Save me!" Herzogenrath sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen										
Beratungsfolge:		TOP: 12								
Datum	Gremium	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
22.09.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									
18.10.2011	Rat der Stadt Herzogenrath									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

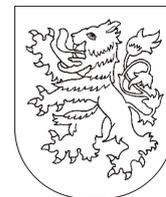
Er beauftragt die Verwaltung, nähere Details bei den zuständigen Stellen zu erfragen sowie ggfs. Erfahrungsberichte aus anderen Kommunen einzuholen. Der Ausschuss ist über die Ergebnisse zu informieren.

Sachverhalt:

Zur Sachverhaltsklärung wird auf die beigefügte Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung „Save me!“ Herzogenrath sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen verwiesen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ausland ausschließlich in die Kompetenz von Bund und Ländern fällt. Ein Einvernehmen kann nur zwischen diesen Verhandlungsparteien erzielt werden. Die Erklärung des Landes NRW über die Bereitschaft weitere Flüchtlinge aufzunehmen, beinhaltet nach dem Demokratieprinzip die Bereitschaft der einzelnen Kommune des Landes NRW Flüchtlinge aufzunehmen. Für die einzelne Kommune besteht darüber hinaus die gesetzliche Verpflichtung die ihr durch die Landesregierung zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und zu betreuen.

Ferner dürfen bei inhaltlichen Erwägungen Aspekte wie Kosten, Unterbringungskapazitäten sowie das Gleichgewicht des sozialen Gefüges nicht außer Acht bleiben.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2010/370	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
Notdienstapotheke im Stadtteil Kohlscheid hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.06.2010				
Beratungsfolge:			TOP: 12	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
28.10.2010	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit- und Soziales stimmt dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „Notdienstapotheke im Stadtteil Kohlscheid“ nicht zu, da ein steter Wochenendnotdienst für die BürgerInnen in Kohlscheid nach den Richtlinien für die Dienstbereitschaft der öffentlichen Apotheken gewährleistet ist.

Sachverhalt:

Die Fraktion DIE LINKE beantragt mit dem in der Anlage beigefügten Schreiben vom 28.06.2010 die Beauftragung der Verwaltung, eine Zusammenarbeit zwischen den vier in Kohlscheid ansässigen Apotheken anzuregen, damit ein steter Wochenendnotdienst gewährleistet ist.

Die Apothekerkammer Nordrhein ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Sie ist die Landesvertretung der rund 9.500 Apothekerinnen und Apotheker in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln.

Durch die rund 2.600 Apotheken des Kammergebietes wird die ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr gewährleistet. Dies gilt sowohl im ambulanten Bereich durch die öffentlichen Apotheken als auch im stationären Bereich durch die Krankenhaus- und Krankenhausversorgenden-Apotheken.

Die Apothekerkammer Nordrhein ist gemäß § 9 Abs. 1. Nr. 5 des Heilberufsgesetzes zuständig für die Regelung der Dienstbereitschaft. Die Apothekerkammer Nordrhein regelt gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Ladungsöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW), dass an Sonn- und Feiertagen abwechselnd ein Teil der Apotheken in ihrem Zuständigkeitsbereich geschlossen sein muss.

Die Kammerversammlung beschließt Richtlinien für die Dienstbereitschaft der öffentlichen Apotheken im Bereich der Apothekerkammer Nordrhein. Die von der Kammerversammlung beschlossenen Richtlinien sind die Voraussetzungen, nach denen unter dem Maßstab einer ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung die Dienstbereitschaft geregelt und die Erlaubnis zur Schließung erteilt wird.

Die Regelung der Dienstbereitschaft beruht entsprechend § 23 Abs. 1 Apothekenbetriebsverordnung (ApBetrO) auf dem Grundsatz, dass die Apotheke außer zu den Zeiten, in den sie aufgrund einer Anordnung nach § 7 Abs. 2 LÖG NRW geschlossen zu halten ist, ständig dienstbereit sein muss. § 7 Abs. 2 LÖG NRW schränkt die ständige Verpflichtung zur Dienstbereitschaft in der Weise ein, dass an Sonn- und Feiertagen abwechselnd ein Teil der Apotheken geschlossen sein muss.

Von der Verpflichtung zur Dienstbereitschaft kann die Apothekerkammer Nordrhein außerdem gemäß § 23 Abs. 2 ApBetrO für die Dauer der ortsüblichen Schließzeiten oder Betriebsferien und, sofern ein berechtigter Grund vorliegt, auch außerhalb dieser Zeiten zu befreien, wenn die Arzneimittelversorgung in dieser Zeit durch eine andere Apotheke, die sich auch in einer anderen Gemeinde befinden kann, sichergestellt ist.

Nach dem obersten Grundsatz der Sicherstellung der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln (§ 1 Abs. 1 Apothekengesetz – ApoG) setzt die Kammer die Kriterien für die Einteilung der Dienstbereitschaft und die zumutbare Entfernung im Rahmen der ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung fest. In Großstädten sollen die notdiensthabenden Apotheken nicht weiter als 10 km voneinander entfernt liegen. In mittelstädtischen Bereichen sollen die notdiensthabenden Apotheken nicht weiter als 15 km auseinander liegen.

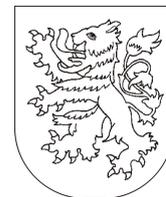
Die Abfrage über den Ärzte- und Apothekennotdienst hat ergeben, dass im Einzugsbereich des Stadtteils Kohlscheid die notdiensthabenden Apotheken unter 10 km Entfernung angesiedelt sind. Soweit Apotheken in Kohlscheid keinen Notdienst verrichten, ist die Versorgung der Kohlscheider Bevölkerung durch eine andere Apotheke in zumutbarer Entfernung sichergestellt.

Welche Apotheken auch nachts und an Wochenenden geöffnet sind, kann man unter der bundesweit einheitlichen Notdienstnummer der Apotheken – 22833 – herausfinden.



Rechtliche Grundlagen:

- Apothekengesetz – ApoG
- Apothekenbetriebsverordnung (ApBetrO)
- Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW
- Heilberufsgesetz



Vorlage		Drucksachen-Nr: V/2011/027								
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status: öffentlich								
Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Herzogenrath hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2010										
Beratungsfolge:		TOP: 13								
Datum	Gremium	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Einst.</th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enth.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Einst.	Ja	Nein	Enth.				
Einst.	Ja	Nein	Enth.							
17.02.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales									

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung des Behindertenforums einen Überblick zu erarbeiten, welche Beteiligungsprozesse in den einzelnen Fachbereichen bereits verfolgt werden bzw. welche Maßnahmen bereits realisiert wurden.

Darüber hinaus wird das Behindertenforum um Stellungnahme gebeten, was aus Sicht der Betroffenen in Herzogenrath an noch zu realisierenden Anforderungen aus der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hervorgeht.

Sachverhalt:

Hinsichtlich der Sachverhaltsklärung wird auf den beigefügten Antrag der SPD Fraktion vom 15.11.2011 verwiesen.

Insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Behindertenforum sind viele Aspekte der angesprochenen Handlungsfelder bereits auf den Weg gebracht.

So wurde bereits im Mai 2009 die Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit in Herzogenrath durch das Behindertenforum und Bürgermeister Christoph von den Driesch unterzeichnet.

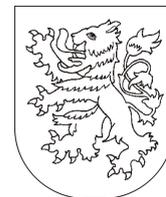
Ein Arbeitskreis aus Reihen des Behindertenforums, des Seniorenbeirates, des Koordinationsbüros sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern befasst sich aktuell mit der Einführung des Signets NRW ohne Barrieren in Herzogenrath.

Inklusion ist ein aktuelles Thema an den Herzogenrather Schulen.

Nicht zu vergessen auch die Werkstatt für Behinderte, deren Inbetriebnahme im Frühjahr geplant ist.

Da diese Aufzählung bei Weitem nicht abschließend ist, wird vorgeschlagen, unter Beteiligung des Behindertenforums zunächst einen Überblick zu erarbeiten, aus dem bereits realisierte Maßnahmen / abgearbeitete Handlungsfelder hervorgehen.

Darüber hinaus sollte als weitere Arbeitsgrundlage das Behindertenforum um Stellungnahme gebeten werden, was aus Sicht der Betroffenen in Herzogenrath an noch zu realisierenden Anforderungen aus der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hervorgeht.



Vorlage		Drucksachen-Nr:	V/2011/284	
Erstellt durch: Fachbereich 1 Bürgerdienste		Status:	öffentlich	
Informationen und Anfragen				
Beratungsfolge:			TOP: 13	
Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein
22.09.2011	Ausschuss für Arbeit und Soziales			
		Enth.		

Beschlussvorschlag:

./.

Informationen zu in Beratung befindlichen Angelegenheiten:

- Notdienstapotheke im Stadtteil Kohlscheid

mdl. Sachstandsbericht in der Sitzung

- Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Stadt Herzogenrath

Folgende Beteiligungsprozesse bzw. realisierte Maßnahmen sind in den einzelnen Fachbereichen bislang realisiert:

Fachbereich 1

Koordinationsbüro

- Arbeitskreis Barrierefreiheit (Signets NRW)
bisher haben folgende Einrichtungen und Geschäfte das Signet erhalten:

Einrichtung	Adresse	Stadtteil
Sparkasse Aachen	August-Schmidt-Platz 12	Merkstein
Sparkasse Aachen	Kirchrather Str. 61a	Merkstein
Kaufhaus Patchwork	Kirchrather Str.	Merkstein
REWE-Markt	Kirchrather Str. 88	Merkstein
Getränkemarkt Salentin	Kirchrather Str. 78	Merkstein
Barbara-Apotheke	Kirchrather Str. 140	Merkstein
Tagespflege Rana	Kirchrather Str.	Merkstein
Sozialstation der AWO	Anne-Frank-Str. 2	Herzogenrath- Mitte
Rathaus	Rathausplatz 1	H'rath-Mitte

TV-HIFI Schiffer	Markt 50	Kohlscheid
Restaurant im Haus Kohlscheid	Markt 88-90	Kohlscheid
VR-Bank	Markt	Kohlscheid
Sparkasse Kohlscheid	Markt	Kohlscheid
Pustablume	Markt 58	Kohlscheid
Markt Apotheke	Markt 22-26	Kohlscheid

- Beteiligung des Behindertenforums, Frau Schoenen, am Seniorenbeirat
- Beratung durch die Mitarbeiterinnen des Koordinationsbüros bzw. der RoSe
- Offene Treffs für SeniorInnen in barrierefreien Räumlichkeiten
- Informationsveranstaltungen rund ums Thema Alter in barrierefreien Räumlichkeiten

Wohnbauförderung

- öffentlicher Wohnraum muss seit 2002 barrierefrei sein => intensive Beratung der Investoren in Bezug auf barrierefreies Wohnen inklusive Inanspruchnahme öffentlicher Mittel
- regelmäßige Kommunikation/Abstimmung mit der Sprecherin des Behindertenforums, Frau Fink, inklusive Begleitung der Sitzungen
- Erstellen des Flyers des Behindertenforum in Groß- und Brailleschrift

Verkehrsbehörde

- Aufnahme und Umsetzung der Anregungen aus dem Behindertenforum durch den Verkehrsingenieur im Rahmen der Zielvereinbarung Barrierefreiheit von Mai 2009 wie z.B:

Planung der EVS-Haltepunkte in Merkstein (Mitwirkung bei der behinderten gerechten Bahnsteigausstattung/-erreichbarkeit)

Planung der Bahnübergänge in Merkstein (Mitprüfung der Genehmigungsplanung)

Planung des Knotenausbaus Martinusstraße/Hauptstraße in Merkstein (Mitprüfung der Genehmigungsplanung)

Planung der LSA-Berechnungen August-Schmidt-Platz nach BÜSTRA (Berücksichtigung der gem. Zielvereinbarung fest gelegten Behindertenstandards bei der LSA-Technik)

Formulierung von Forderungen aus dem Behindertenforum (Bau von Rampen bzw. Bordabsenkungen an Fahrbahnrandern im öffentlichen Straßenraum)

Beteiligung bei der Erstellung des Förderantrags über Dynamische Fahrgastinformationssysteme an den ÖPNV-Verknüpfungspunkten in Herzogenrath (Stellungnahme zum Antrag)

Beteiligung bei der Erstellung des Förderantrags zur ÖPNV-Vorrangschaltung in Herzogenrath Stufe 2 (Stellungnahme zum Antrag)

Fachbereich 2

Jugend

a) Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen sind im Regelfall barrierefrei (Ausnahme: Umgebaute ältere Gebäude).

- Integrative Einrichtungen (Gemeinsame Betreuung behinderter und nichtbehinderter Kinder:
 1. Städtische KiTa „Villa Kunterbunt“ in Herzogenrath-Straß:
 - 15 behinderte Kinder
 - 30 nichtbehinderte Kinder
 2. Kath. KiTa St. Thekla in Herzogenrath-Merkstein:
 - 20 behinderte Kinder
 - 43 nichtbehinderte Kinder
- b) Förderung seelisch behinderter Kinder aus Mitteln der wirtschaftlichen Jugendhilfe (2010)
- 6 Kinder in stationärer Unterbringung (spezialisierte Heimeinrichtungen)
 - 29 Kinder ambulante Förderung im Rahmen Legasthenie/Dyskalkulie
 - 15 Kinder ambulante Förderung im Autistischen Zentrum in Aachen (ATZ)

Schule

Durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen laufen seit Monaten die Vorbereitungen des Aktionsplanes „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“. Erste Ergebnisse werden in Kürze erwartet.

Auszug aus der Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände:

„Aus Art. 24 der UN-BRK lassen sich nach derzeitiger Rechtsprechung keine unmittelbaren Rechtsansprüche auf inklusive Beschulung herleiten. Unabhängig von der juristischen Bewertung dieser Frage sind die Länder nach der grundgesetzlichen Kompetenzordnung zur Transformation der UN-BRK in das deutsche Schulrecht verpflichtet (Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens). Landesregierung und Landtag von Nordrhein-Westfalen werden daher aufgefordert, eine entsprechende Verankerung der Inklusion im Schulgesetz vorzunehmen. Dabei sind der pädagogische Rahmen, Rechtsansprüche sowie Finanzierungsregelungen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Umsetzung der Inklusion im Schulbereich vollumfänglich zu regeln. Hierzu gehört insbesondere die Zuständigkeit und Finanzierungsverantwortung des Landes für das erforderliche Personal wie Integrationshelfer, Therapeuten, Sozialpädagogen u. a. m., die für erfolgreiche Inklusion unverzichtbar sind. In jedem Fall sind für alle zusätzlichen finanziellen Aufwendungen (u.a. Barrierefreiheit, spezifische Ausstattung, Schülerbeförderung, Ergänzungspersonal) die Konnexitätsregelungen in der Landesverfassung bzw. im Konnexitätsausführungsgesetz anzuwenden.“

- Zur Barrierefreiheit der Herzogenrather Schulen siehe Vorlage V/2010/325-E01 für den BSK(siehe Anlage).

- Im Schuljahr 2010/2011 gab es 78 Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf, die integrativ gefördert wurden:
 In Grundschulen = 56 SchülerInnen (davon 35 in der OGS im Nachmittagsbereich)
 In der Hauptschule = 22 SchülerInnen

Fachbereich 4

Hochbau

Errichtung von barrierefreien Toiletten in folgenden Gebäuden:

- Dreifachturnhalle Erich-Kästner-Schule
- Dreifachturnhalle Europaschule
- KGS Alt-Merkstein
- Rathaus
- mobile Toilette für unteren Burghof
- AWO-Heim Ruifer Str. (z. Zt. in der Ausführung)
- Schulgebäude Leonhardstr. (z. Zt. in der Ausführung)

Tiefbau

- Umsetzung der neusten Richtlinien zur Gestaltung von Übergängen in Absprache mit dem Behindertenforum. Die erste Maßnahme, die nach diesen Richtlinien umgesetzt wurde, ist die Neugestaltung des August-Schmidt-Platzes.
- Bereits seit Jahren erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Behindertenforum die bedarfsorientierte Umgestaltung von Fußgängerüberwegen.
- barrierefreie Gestaltung des Minigolfplatzes Kohlscheid

Fachbereich 5

- barrierefrei(-arme) Gestaltung der Homepage
- Herausgabe der Stadtbroschüre als CD
- barrierefreie Wahllokale: Zu der letzten Wahlserie wurden die Wahllokale im Hinblick auf einen barrierefreien Zugang überprüft und im Ergebnis tatsächlich die Festlegung der Wahllokale verändert.
- Ab sofort wird im Terminkalender des städtischen Treffpunktes sowie bei anderen Veröffentlichungen jeweils darauf hingewiesen, ob die Räumlichkeiten barrierefrei zugänglich sind.



N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales

Sitzungstermin: Donnerstag, 22.09.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:35 Uhr

Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

Anwesende Mitglieder:

Vorsitz:

Joerißen, Peter, SPD

Stadtverordnete/r:

Fleu, Hermann, CDU

Frauenrath, Maike, CDU

Schlebusch, Thorsten, CDU

Sobczyk, Marie-Theres, CDU

Thönnissen, Norbert, CDU

Fink, Anne, B 90/DIE GRÜNEN

Flaßwinkel, Marga, B 90/DIE GRÜNEN

Goebbels, Helene, SPD

Prast, Günter, SPD

Prast, Hartmut, SPD

Fischer, Hans-Günther, DIE LINKE

Vertretung für: Herrn Ernst, Volker

Vertretung für: Herrn Aretz, Herbert

Sachkundige/r Bürger/in:

Runge, Klaus Dieter, CDU

Schalt, Fabian, CDU

Preuß, Astrid, SPD/AWO KV AC-Land

Radermacher, Gabi, SPD

Radermacher, Manfred, SPD

Bock, Björn, FDP

Schiffer, Salmon, FDP

Vertretung für: Herrn Jung, Christian

Vertretung für: Herrn Puzicha, Josef

Vertretung für: Herrn Peinkofer,
Michael

Sachkundige/r Einwohner/in:

Ahmetoglu, Ramiz, Integrationsrat

Schoenen, Elisabeth, Behindertenforum

Schultheis, Josefine, Seniorenbeirat

Verwaltung:

Froese-Kindermann, Birgit, Beigeordnete
Venohr, Jürgen, Verwaltung
Clermont-Karow, Annemarie, Verwaltung
Beck, Michaela, Verwaltung

Abwesend:

Stadtverordnete/r:

Aretz, Herbert, CDU abwesend
Ernst, Volker, CDU abwesend

Sachkundige/r Bürger/in:

Jung, Christian, CDU abwesend
Puzicha, Josef, SPD abwesend
Peinkofer, Michael, FDP abwesend

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung (von 18:00 Uhr bis 21:35 Uhr)

1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath
3. Jobperspektive nach § 16e SGB II V/2011/232
4. Seniorenfahrt 2011
hier: Rückblick V/2011/021-
E02
5. Aktionswoche60+ in Herzogenrath
hier: Rückblick V/2011/124-
E01
6. Beschlusskontrolle V/2011/231
7. Besichtigung der Asyl- und Obdachlosenunterkünfte
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.02.2009 V/2009/102-
E05
8. Armut in Herzogenrath
Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes / Armutsberichtes
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2010 V/2007/287-
E04
9. Bildungspaket in Herzogenrath
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011 V/2011/135-
E01
10. Vertragsverlängerung Verbraucherberatungsstelle Alsdorf V/2011/233
11. Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath
hier: Sachstandsbericht V/2011/133-
E01

- | | | |
|-----|---|------------|
| 12. | Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung der SJD-Die Falken-Merkstein vom 14.05.2011
hier: "Save me!" Herzogenrath sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen | V/2011/237 |
| 13. | Notdienstapotheke im Stadtteil Kohlscheid
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.06.2010 | V/2010/370 |
| 14. | Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Herzogenrath
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2010 | V/2011/027 |
| 15. | V/2011/284 | |

Protokoll:

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 1: **Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende, Herr Joerißen, eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er begrüßt zudem Herrn Leo Jansen, Leiter des Nell-Breuning-Hauses und Vorstand des Dachverbandes der Arbeitsloseninitiative Pro Arbeit, sowie Herrn Wilfried Hammers für den Förderverein Arbeit, Umwelt und Kultur in der Region Aachen als Referenten zur anstehenden Instrumentenreform der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik.

Herr Hartmut Prast teilt für seine Fraktion mit, dass Frau Preuß die Vertretung von Herrn Puzicha übernimmt.

Frau Sobczyk teilt für ihre Fraktion mit, dass Herr Schlebusch Herrn Aretz, Frau Frauenrath Herrn Ernst und Herr Runge Herrn Jung vertritt.

Herr Bock teilt für die FDP-Fraktion mit, dass er selbst Herrn Peinkofer vertritt.

Frau Fink stellt den Antrag, die unter Informationen und Anfragen aufgeführten Punkte „Notdienstapotheke im Stadtteil Kohlscheid“ und „Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Stadt Herzogenrath“ in ordentliche Tagesordnungspunkte 13 und 14 umzuwandeln. Die durch die Verwaltung der Einladung beigefügten Informationen seien so umfangreich, dass eine kurze Behandlung dieser Punkte unter dem derzeitigen TOP 13 nicht ausreichen würde.

Frau Sobczyk fragt nach, ob es, aufgrund der bereits bestehenden, umfangreichen, Tagesordnung sowie eventuell noch ausstehenden Beratungen in den Fraktionen sinnvoll sei, die Themen heute schon zu behandeln oder ob eine Verschiebung auf die nächste Sitzung möglich sei.

Nach Ansicht von Frau Fink wäre die Behandlung der Punkte in der jetzigen Sitzung sinnvoll, um auf die ausführlichen Stellungnahmen der Verwaltung eingehen zu können.

Bei der anschließenden Abstimmung wird der Antrag mit 12 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt es keine.

Zu TOP 2: **Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 und 27 der Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse der Stadt Herzogenrath**

Fragen aus dem Zuschauerraum ergeben sich keine.

Zu TOP 3: **Jobperspektive nach § 16e SGB II**

Herr Jansen und Herr Hammers stellen sich kurz vor.

Herr Jansen führt aus, dass es in den einzelnen Kommunen der StädteRegion neun Standorte des Jobcenters der StädteRegion gebe, welche auch als Einrichtungen der Kommunen gesehen werden könnten.

Das Nell-Breuning-Haus biete derzeit unter anderem 90 zuvor erwerbslosen Personen Beschäftigung in verschiedene Projekte, wie z.B. 50 +, Förderung von Alleinerziehenden. Diese Personen würden dabei betreut und angeleitet.

Des Weiteren führt er aus, dass er, aufgrund seiner Tätigkeit, viele Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Herzogenrath habe.

Er freue sich zudem über die vielen Zuschauer aus den eigenen Reihen, die heute den Weg in den Ratssaal gefunden hätten.

Sein Anliegen heute sei es, einen Schulterschluss zwischen Betroffenen und Kommunalpolitikern zu erzielen.

Sodann stellt Herr Hammers zwei Lebensbilder vor, die die Situation der von der Instrumentenreform betroffenen Personen nochmals verdeutlichen sollen. Ein Lebensbild ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Im Anschluss daran referiert Herr Jansen im Rahmen einer Power-Point-Präsentation zur anstehenden Instrumentenreform der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik und verteilt einen Überblick über mögliche Handlungsempfehlungen an Beirat und Trägerversammlung des Jobcenters der StädteRegion. Dieser und die Präsentation sind als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Abschließend dankt Herr Jansen Herrn Bürgermeister von den Driesch und dem gesamten Verwaltungsvorstand für ihr großes Engagement, vor allen Dingen in Bezug auf die Einrichtung von 21 Plätzen in Herzogenrath im Rahmen der Bürgerarbeit.

Herr Joerißen dankt den beiden Rednern und gibt dem Ausschuss nun die Möglichkeit zur Diskussion.

Herr H. Prast richtet seinen Dank an die Referenten. Der Vortrag sei sehr gut gewesen. Ihn habe das Schicksal der anhand der Lebensbilder skizzierten Personen sehr betroffen gemacht. Im Rahmen des Vortrages sei man mit vielen Dingen konfrontiert worden. Er sehe jedoch ad hoc keine Lösung der Probleme. Er fragt nach, wie die Zeitachse dahingehend aussehe, was wann mit den Betroffenen passieren würde. Des Weiteren sei für ihn interessant zu wissen, wie man als Kommunalpolitiker hier und jetzt helfen könne.

Auch Frau Sobczyk spricht ihren Dank für den Vortrag aus. Es handele sich hierbei nicht um ein „Gutthema“, mit welchem man punkten könne. Ihr sei bewusst, wie viel die Referenten vor Ort leisten würden, um die Betroffenen aufzufangen. Auch sie mache die Einzelschicksale betroffen. Sie hebt nochmals hervor, dass in Herzogenrath bereits viel getan werde, um den Prozess abzumildern.

Bezogen auf die Instrumentenreform führt sie aus, dass die erhöhte Anschubfinanzierung durch die Bundesregierung zurückgefahren wurde, weil sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannt habe. Für die aktuellen Schicksale vor Ort sei dies jedoch nicht vorteilhaft.

Man müsse daher den Standort Herzogenrath noch attraktiver machen, um Perspektiven schaffen zu können. Auch sie sehe derzeit keine Lösung, die ad hoc zu einer Besserung führen würde. Sie wisse aber, dass sich die Politiker im Bundestag derzeit sehr viel mit dieser Thematik beschäftigen würden. Durch die Ausführungen habe man vor Ort auch noch mal ein Stück weit mehr Informationen erhalten. Um eine Verbesserung zu erreichen, müssten alle, egal welcher Partei, Hand in Hand mitwirken.

Herr Schiffer dankt Herrn Jansen und Herrn Hammers für die Ausführungen. Für ihn sei hier aber nur ein Teil des Problems geschildert worden. Bei der Suche nach Lösungen sei seine Fraktion auf jeden Fall mit dabei. Eventuell könne man ja einen Arbeitskreis „Bündnis für Arbeit“ einberufen.

Auch Herr Fischer richtet seinen Dank für den exzellenten Vortrag aus. Die sozialen Brennpunkte seien auch schon durch seine Fraktion angesprochen worden. Seiner Ansicht nach müssten auf jeden Fall Veränderungen herbeigeführt werden, andernfalls sehe er keine Perspektiven. Man könne hier nicht mehr von Einzelschicksalen sprechen, denn immer mehr seien betroffen.

Auch er spricht sich auch dafür aus, Hand in Hand zu arbeiten, jedoch wolle er keine Trennung von Arm und Reich. Er habe kein Rezept zur Lösung des Problems zur Hand, wolle aber wissen, was man jetzt tun könne. Seiner Ansicht nach laufe das System falsch. Die soziale Gerechtigkeit müsse wieder hergestellt werden und nicht nur die Gier nach Profit ausschlaggebend sein. Als Kommunalpolitiker könne man eh nur reagieren statt agieren.

Frau Fink merkt an, dass der damalige Sozialausschuss seinerzeit zum Ausschuss für Arbeit und Soziales umbenannt wurde, damit auch diese Themen im Ausschuss behandelt werden könnten. Sie finde das Referat dahingehend gut, dass auch über die kommunale Arbeitssituation gesprochen werde. Hierfür möchte sie den Referenten danken. Sie halte es für wichtig, dass der Ausschuss über das Thema eingehend informiert werde. Sie selber sei auf einer Fachtagung gewesen, die durch die Initiative „Pro Arbeit“ unterstützt worden sei. Hier habe sie erfahren, dass die Instrumentenreform so einschneidend sei, wie keine andere soziale Reform. Der Ursprung der Reform sei zwar gut gemeint gewesen, jedoch handele es sich jetzt um ein reines Spargesetz. Man solle es daher nicht hinnehmen, dass auf Bundesebene soviel gespart werde. Sie habe aber wenig Hoffnung, dass an einer Änderung der Reform noch viel gearbeitet werde. Die Auswirkungen für die Kommune seien dramatisch. Die Einrichtungen in Herzogenrath hätten genau für diese Menschen etwas getan. Des Weiteren sei es bedauerlich, dass die Reform solche Einschnitte für Herzogenrath zur Folge hätte.

Sie begrüßt den regionalen Ansatz und hofft, dass den Betroffenen hierdurch geholfen werden könne.

Auch Frau Froese-Kindermann dankt den Referenten. Der Vortrag zeige aber auch Zukunftsperspektiven auf. Ihrer Ansicht nach solle städteregional eine Lösung gefunden werden. Sie habe es noch nie erlebt, dass drei kommunale Spitzenverbände an die Bundesregierung den Appell gerichtet haben, die Einsparungen nicht vorzunehmen. Die offizielle Begründung für die Reform sei gewesen, dass bundesweit nicht alle Mittel abgerufen worden seien. Städteregional sei man sehr engagiert gewesen, bekomme aber jetzt die Quittung dafür, dass andere Kreise nicht so engagiert gewesen seien.

Das Jobcenter stehe nun viel mehr unter Zugzwang, da jetzt auch noch der Zeitraum nachzuweisen sei, in welchem Beschäftigungslose vermittelt wurden. Sie selber habe sich im Rahmen des Vortrages die Frage gestellt, welche Perspektiven Kinder und Familien jetzt noch hätten.

Grundsätzlich könne man vieles tun. Sie sehe aber keine Chance, dass sich jetzt noch etwas am geplanten Gesetz ändere.

Lt. Meinung von Herrn Hammers sei die Instrumentenreform Etikettenschwindel. Hierbei handele es sich eigentlich um ein Kürzungsprogramm. Den Trägern gehe es vordergründig um die Menschen, nicht um den Erhalt der Einrichtungen. Er betreibe diese Arbeit nun schon seit 21 Jahren ehrenamtlich. Wenn die Reform tatsächlich auf den Weg gebracht werde, könne er mit seinem Engagement ab März nächsten Jahres nichts mehr erreichen. Für ihn sei wichtig, dass die Lebensperspektive der Menschen in Herzogenrath erhalten bleibe. Man solle daher aufhören, so zu tun, als wenn es nur das Problem eines jeden Einzelnen wäre, ohne Job zu sein. Die Menschen seien sehr engagiert. Für ihn sei daher das Instrument „Arbeitsgelegenheiten“ die einzige Chance.

Man solle zudem auch berücksichtigen, dass die Träger die Kosten zu 25 % in Eigenbetrieb erwirtschaften müssten.

Falls die Kürzung durchkommen solle, käme dies einer Dauerdiskriminierung der Menschen gleich. Er bitte daher nochmals um Schulterschluss. Man solle die Zukunftsperspektive der Betroffenen nicht aus politischem Kalkül zerstören.

Auch er ist der Meinung, dass man nur versuchen könne, städteregional etwas zu bewirken.

Herr Jansen ergänzt, dass man keine bundespolitische Diskussion erwirken wolle. Sinnvoller sei es, vor Ort, auch in Kleinarbeit, etwas zu tun.

Man könne z.B. den städt. Haushalt dahingehend zu überprüfen, ob Mittel bereit gestellt werden könnten. Über die Verwendung müsse dann ein Konsens gefunden werden. Des Weiteren könne man im hiesigen Ausschuss diese Themen regelmäßig an- und besprechen. Auch sehe er es als Chance der Kommune, Menschen aus verschiedenen Bereichen zusammen zu bringen, um etwas bewirken zu können. Die zur Verfügung stehenden Spielräume sollten ausgenutzt werden, um mehr Gestaltungsräume zu gewinnen.

Herr H. Prast dankt nochmals für die Ausführungen der Referenten.

Wenn z.B. das Gebrauchtwarenkaufhaus „Patchwork“ auch vor dem „Aus“ stehe, gingen auch die Einnahmen aus Verpachtung verloren.

Die Problematik weise daher viele unterschiedliche Facetten auf.

Herr Joerißen bescheinigt den Referenten, dass sie hier im Ausschuss „offene Türen“ einrennen würden. Die Instrumentenreform sei geräuschlos vollzogen worden.

Auch er erachte einen Schulterschluss mit den Trägern für sinnvoll. Wobei er der Ansicht sei, dass es auch jetzt schon Spielräume gebe. Es sei aber auch möglich, eine Resolution an den Bundestag zu verabschieden, die das Meinungsbild des Ausschusses für Arbeit und Soziales widerspiegele.

Herr H. Prast spricht sich für den Vorschlag von Herrn Jansen aus, Menschen aus verschiedenen Bereichen zusammen zu bringen. Zum Beispiel könne man betroffene Menschen mit den regionalen Vertretern aus dem Bundes- und Landtag zusammen bringen, damit diese auch die Sichtweise der Betroffenen aus erster Hand erfahren würden.

Seiner Ansicht nach bewirke eine Resolution nichts. Vielmehr solle man die Betroffenheit von unten nach oben dokumentieren. Er wolle daher die Entscheidungsträger eingeladen sehen.

Herr Jansen teilt hierzu mit, dass bereits im „Patchwork“ ein Gespräch zwischen Politik und Hartz IV stattgefunden habe. Ein nächstes Projekt sei auch schon in Vorbereitung. Hierzu würden Empfänger von Hartz IV-Leistungen in den Landtag gehen. Man habe bereits 200 Empfänger kontaktiert. Er sichere dem Ausschuss zu, hierüber weitere Informationen zu erhalten.

In der jetzigen Situation sehe er es als sinnvoll an, ein Papier an die Trägerversammlung der Jobcenter bzw. den Sozialausschuss der StädteRegion zu übersenden, das die Auswirkungen der Instrumentenreform vor Ort nochmals verdeutliche und die Meinung des hiesigen Ausschusses wiedergebe. Darüber hinaus müsse auf eine sozialverträglichere Verteilung der zur Verfügung stehenden Gelder hingewirkt werden.

Herr Joerißen schlägt Herrn Jansen und Herrn Hammers vor, Kontakt zur Verwaltung aufzunehmen und über Verwaltung den zuvor ausgeteilten Überblick der Handlungsempfehlungen der StädteRegion zukommen zu lassen und hierfür bei der StädteRegion einzutreten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt den Herren Hammers und Jansen für den Sachvortrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 4: **Seniorenfahrt 2011**
 hier: Rückblick

Herr G. Prast teilt mit, dass er es als großes Glück empfunden habe, als Betreuungsperson an der Seniorenfahrt teilzunehmen. Es sei ein sehr schöner Tag gewesen, an dem alles stimmte. Die erhöhte Teilnehmerzahl führte er auf die Kostenfreiheit zurück. Er fragt nach, ob man mit dem Haushaltsansatz ausgekommen sei.

Er bemängelt jedoch, dass ein Bus defekt gewesen und die Busse, aufgrund der Wärme, nicht schon vorher runtergekühlt worden seien. Hier bitte er entsprechend auf den Busunternehmer einzuwirken.

Auch Frau Fink teilt mit, dass sie sowohl an der Fahrt als auch am Arbeitskreis teilgenommen habe. Sie richtet ihren Dank an die MitarbeiterInnen des Bereichs Soziales, welche sich zum Gelingen der Seniorenfahrt viel Mühe und Arbeit gemacht hätten.

Auch sie möchte wissen, ob die kalkulierten Kosten eingehalten werden konnten.

Für Frau Sobczyk war die Fahrt auch gut. Auch sie zeigte sich erfreut darüber, dass so viele an der Fahrt teilgenommen hätten. Jedoch sei es aus ihrer Sicht durchaus zumutbar, einen kleinen Obolus von den Teilnehmern zu fordern. Eine Kostenfreiheit könne nur so lange gewährt werden, wie der städt. Haushalt es hergebe. In anderen Kommunen aus der Region würden teilweise sogar bis zu 20,-- € pro Teilnehmer verlangt. Hinsichtlich der Einhaltung des Haushaltsansatzes glaube sie, dass der Ansatz bei Verabschiedung höher datiert worden sei. Auch sie dankt nochmals den MitarbeiterInnen des Bereichs Soziales für ihr Engagement.

Herr Fischer teilt mit, dass er die Fahrt als Dank an die SeniorInnen sehe, und diese von daher kostenlos angeboten werden müsse. Hierfür solle alles getan werden.

Herr Bock teilt mit, dass seine Fraktion seit je her gegen die Seniorenfahrt sei. Seiner Ansicht nach würden die Prioritäten auf kommunaler Ebene falsch gesetzt werden. Auch er zeige sich interessiert an den Kosten.

Resümierend stellt Herr Joerißen fest, dass die diesjährige Seniorenfahrt gelungen gewesen sei. Er bittet die Verwaltung jedoch darum, zukünftig die Busunternehmen zu verpflichten, die Busse mit Einstiegshilfe zu versehen, um das Ein- und Aussteigen zu erleichtern.

Frau Clermont-Karow teilt abschließend mit, dass der Haushaltsansatz eingehalten wurde. Die Kosten beliefen sich auf ca. 11.000,-- €.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

**Zu TOP 5: Aktionswoche60+ in Herzogenrath
hier: Rückblick**

Frau Knie, Auszubildende bei der Stadt Herzogenrath, z. Zt. im Bereich Soziales, gibt im Rahmen einer Power-Point-Präsentation einen Rückblick über die Veranstaltungen der Aktionswoche 60+ in Herzogenrath. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Frau Clermont-Karow dankt Frau Knie für ihren Vortrag.

Des Weiteren führt sie aus, dass die Besucherzahl bei einzelnen Veranstaltungen zwar nicht so gut gewesen sei, aber die Resonanz insgesamt sehr gut gewesen sei. Eine Wiederholung der Aktionswoche sei daher auf jeden Fall geplant, wenn auch eventuell in anderer Form. Zudem habe sie festgestellt, dass die Mund zu Mund Propaganda wesentlich effektiver sei als jede Werbung. Auch möchte sie nochmals auf den Film „Herbstgold“ hinweisen, welcher in der Aktionswoche vorgeführt wurde. Diesen könne man im Koordinationsbüro rund ums Alter ausleihen.

Auch Herr Joerißen dankt Frau Knie für ihren gelungenen Vortrag.

Frau Sobczyk merkt an, dass es sich bei der durchgeführten Aktionswoche 60+ sehr wohl um ein „Gutthema“ handle und spricht ihren Dank an die Mitarbeiterinnen des Koordinationsbüros rund ums Alter für die Organisation und Durchführung aus. Auch wenn teilweise wenige Besucher den Weg zu den Veranstaltungen gefunden hätten, sollten solche Aktionen weiter fortgeführt werden. Sie gäben dem Demographischen Wandel erst ein Bild.

Frau Fink fühlte sich von dem Programm zu wenig angesprochen. Sie habe bereits im Vorfeld darauf hingewiesen, dass der Schwerpunkt nicht so viel auf Gesundheit, Krankheit und Hilfebedarfe gelegt werden solle. Bei der durchgeführten Aktionswoche hätten sich, ihrer Meinung nach, vor allem Personen ab 70 aufwärts angesprochen gefühlt. Zudem sei ihr anhand der Bilder aufgefallen, dass überwiegend Frauen an den Veranstaltungen teilgenommen hätten. Ihr sei das Programm nicht aktiv genug gewesen. Sie wolle jedoch keine Kritik an der Arbeit an sich üben, sondern lediglich inhaltlich.

Die teilweise präventiven Angebote, wie z.B. Sturzgefahr sowie die Wissensangebote habe sie gut gefunden.

Herr H. Prast dankt Frau Knie zunächst für ihren guten Vortrag. Seiner Meinung nach stecke in allem Verbesserungspotential. Auch er ist der Ansicht, dass Mundpropaganda besser sei als Prospekte zu verteilen. Er möchte wissen, welcher Weg denn jetzt bevorzugt werde.

Frau Schultheis teilt mit, dass sie bei der Auftaktveranstaltung zugegen war und ihre drei Enkel dabei gewesen seien. Diese zeigten sich von dem Programm begeistert. Die Meinung von Frau Fink, dass die Veranstaltungen nur für Ältere ansprechend gewesen seien, könne sie daher nicht teilen.

Frau Froese-Kindermann sah es als Aufgabe an, die bestehenden Angebote und Partner publik zu machen. Es sollten daher Aktionshighlights über einen längeren Zeitraum angeboten werden. Man werde die Anregungen aus dem Ausschuss aufnehmen und evaluieren, wie weiter verfahren werde.

Herr Bock dankt einerseits für den Vortrag und andererseits Frau Clermont-Karow für die geleistete Arbeit. Er wolle aber nochmals darauf hinweisen, dass die Seniorenfahrt als Auftaktveranstaltung für die Aktionswoche eine gute Werbung sei.

Frau Clermont-Karow erwidert auf den Wortbeitrag von Frau Fink, dass es ihr schwer falle, die Kritik nicht als Kritik an der geleisteten Arbeit zu verstehen. In der letzten Sitzung habe sie um Vorschläge seitens des Ausschusses gebeten, jedoch keine Anregungen erhalten. Gerne würde sie Aktivangebote, wie z.B. einen Tango-Kurs in die Planungen für die nächsten Aktionen aufnehmen.

Zudem sei es aber auch schwierig die „Mittelklasse“ (50-70 Jahre) zu erreichen. Bei der Planung der Veranstaltungen für die Aktionswoche 60+ habe das Koordinationsbüro versucht, einen Bogen zu den Anregungen aus den Bürgerforen zu schlagen, daher habe ein deutlicher Schwerpunkt auf dem Thema Mobilität gelegen.

Was zukünftige Veranstaltungen anbetreffe, liefen im Team Überlegungen, nicht mehr eine Woche zu gestalten, sondern gegebenenfalls ein Mal im Monat /Quartal ein Angebot zu starten. Dies gebe insbesondere vielseitig Interessierten die Möglichkeit, mehr Angebote wahrzunehmen.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Bock teilt sie mit, dass die Vorlagerung der Seniorenfahrten vor die Aktionswoche sich als bürokratischer Gewaltakt herausgestellt habe, dessen Nutzen nicht sehr hoch war. Dieses wolle man im nächsten Jahr so nicht mehr wiederholen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 6: **Beschlusskontrolle**

Frau Schoenen bittet zu V/2008/312-E1 darum, dass das Behindertenforum hier auch mit aufgeführt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales nimmt die beigefügte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 7: **Besichtigung der Asyl- und Obdachlosenunterkünfte
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.02.2009**

Herr G. Prast teilt mit, dass man nun die letzte Unterkunft besichtigt habe. Seiner Ansicht nach befinde sich das Haus in einem guten Zustand und füge sich gut in das Wohnumfeld ein. Die Räumlichkeiten seien gut instand gehalten, trocken, sauber und gut geführt. Auch habe er aufgrund von Nachfragen bei den Nachbarn vernehmen können, dass es mit dem Haus und den Bewohnern keinerlei Probleme gebe.

Er bittet darum, dass noch folgende Kleinigkeiten behoben werden sollten:

- Antennenverkabelung an der Außenwand
- Beleuchtung in der Toilette oben links

Des Weiteren fragt er nach, wofür die Garage genutzt werde.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Garage ist ein Anhänger abgestellt und Material wird dort gelagert.

Herr Fischer merkt an, dass die Unterkunft nicht zur Dauernutzung für die Asylbewerber fungieren solle. Er bittet darum, der Niederschrift einen Überblick über die Verweildauer in der Unterkunft beizufügen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verweildauer der Asylbewerber in den einzelnen Unterkünften liegt im Durchschnitt bei 6,5 Jahren. Die Tendenz ist jedoch steigend.

Frau Fink hatte, entgegen der Ansicht von Herrn Prast, nicht den Eindruck, dass sich das Haus in einem guten Zustand befinde. Sie habe sich bei der Besichtigung die Frage gestellt, warum die Verwaltung eine Unterkunft, die noch in gutem Zustand sei, verkaufe und die älteren Unterkünfte behalte. Zudem habe der Kämmerer, Herr Zähringer, die Zusage gemacht, dass aufgrund des Verkaufes der Unterkunft „Im Grüntal“ die übrigen Unterkünfte in einen einwandfreien Zustand gebracht werden würden.

Sie bitte um Instandsetzung folgender Mängel:

- fehlende Steine und bröckelnde Fugen an der hinteren Hauswand (**Anmerkung:** wurde am 27.09.2011 durch den FB 4 in Auftrag gegeben)
- fehlende Armatur und Abtrennung in einer Dusche
- verrostete Gitter auf einer Heizung unten

Des Weiteren habe sie festgestellt, dass der an der Hauswand angebrachte Briefkasten nicht dazu geeignet sei, das Postgeheimnis zu gewährleisten. Sie bitte die Verwaltung hier nach einer geeigneten Lösung zu suchen und Abhilfe zu schaffen.

Zudem wolle sie wissen, wie hoch der Energieverbrauch der Unterkunft sei.

Für Frau Sobczyk befindet sich die Unterkunft in einem bewohnbaren Zustand. Sie bitte darum, dass die baulichen Mängel im Bau – und Verkehrsausschuss thematisiert würden.

Sie begrüße, dass für die Unterkünfte ein Hausmeister vorhanden sei, der regelmäßig als Ansprechpartner zur Verfügung stehe. So könnten kleinere Schwierigkeiten auch ohne großen Aufwand überwunden werden.

Auch Herr Schiffer begrüßt die Anwesenheit eines Hausmeisters und lässt Herrn Sieprath seinen Dank ausdrücken. Er weist Frau Fink darauf hin, dass Entscheidungen bezüglich Instandsetzung der Unterkünfte nicht alleine der Kämmerer zu treffen habe.

Herr Schlebusch merkt an, dass man Informationen zum Energieverbrauch im jährlichen Energiebericht der Verwaltung erhalte.

Herr Bock teilt hierzu mit, dass auch im Rahmen des interfraktionellen Gespräches vor ca. einem Jahr alle Gebäude diesbezüglich in Augenschein genommen wurden.

Herr G. Prast revidiert seine Aussage bezüglich des Zustandes der Unterkunft dahingehend, dass dies in Relation zur Obdachlosenunterkunft „Bierstraße“ gemeint wäre.

Her Venohr sagt zu, dass die zuständigen Fachbereiche über die Mängel mit dem Auftrag informiert würden, diese zu beheben.

Bezüglich der Garagennutzung sichert er eine Information mit der Niederschrift zu.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

Zu TOP 8: **Armut in Herzogenrath**
Erstellung eines Sozialentwicklungsplanes / Armutsberichtes
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2007 sowie der Fraktion DIE
LINKE vom 18.01.2010

Frau Clermont-Karow stellt im Rahmen einer Power-Point-Präsentation eine sozialraumorientierte Auswertung der Transferleistungsempfänger in Herzogenrath vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt und über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Herr Joerißen dankt Frau Clermont-Karow für den Vortrag und das interessante Zahlenwerk.

Auch Herr H. Prast dankt Frau Clermont-Karow für die hervorragende Präsentation. Die Unterteilung nach den einzelnen Stadtteilen sei eine sehr gute Sache. Wie man an der Präsentation sehen könne, habe es sich gelohnt, den Antrag zu stellen.

Er bittet darum, solche Präsentationen zukünftig vor der Sitzung einmal jeder Fraktion zukommen zu lassen, damit man sich innerhalb der Fraktion schon im Vorfeld damit auseinandersetzen könne.

Zur Präsentation merkt er an, dass die Zahlen für Merkstein sich ändern würden, wenn die Bergbaurenten wegfielen. Es seien nun Zahlen vorhanden, mit denen man arbeiten könne.

Frau Fink findet die Zahlen interessant. Man müsse nun analysieren und evaluieren.

Auch Herr Fischer dankt Frau Clermont-Karow. Er schließe sich seinen Vorrednern an und wolle nun in der Fraktion beraten.

Herr Bock spricht seinen Dank aus. Er merkt an, dass die Quote von 13,3 Prozent der Personen aus Herzogenrath, die auf Unterstützung angewiesen seien, relativ hoch sei.

Auch Frau Sobczyk möchte in ihrer Fraktion evaluieren und planen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales dankt der Verwaltung für die Vorstellung der sozialräumlichen Auswertung der Transferleistungsempfänger in Herzogenrath.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 9: **Bildungspaket in Herzogenrath**
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.05.2011

Herr H. Prast bedankt sich für die gute Vorlage der Verwaltung. Er fragt nach, ob sich die Anzahl der Anträge erhöht habe und bitte darum, eine Aussage zu den Einzelleistungen dem Protokoll beizufügen. Des Weiteren fragt er nach, wie die Resonanz bei den Leistungserbringern sei und ob ein Termin mit dem Stadtsportbund im Spätherbst schon feststehe.

Auch interessiere ihn, ob der Personalbedarf aus der Verwaltung besetzt oder eine externe Ausschreibung erfolgen werde.

Er stellt den Antrag den **Beschlussvorschlag** wie folgt **ergänzen:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die weitere Entwicklung zu fertigen.“

Anmerkung der Verwaltung:

Der Antragsstand bei den Einzelleistungen sieht derzeit wie folgt aus:

• Mittagessen Kindergarten	39
• Mittagessen Schule	66
• Tagesausflüge	35
• Klassenfahrten	62
• Lernförderung	25
• Schülerbeförderung	38
• Teilhabe am sozialen u. kulturellen Leben	81
• Schulbedarf	137

Nach Ansicht von Frau Fink solle man das Bildungspaket an die Bundesregierung zurückschicken, da diese offensichtlich das Thema verfehlt habe. Es müsse ein immenser Aufwand bezüglich der Information der Betroffenen und eine Antragsflut bewältigt werden.

Dieses Paket sei eine Zumutung für die Personen, die einen Anspruch hierauf hätten. Das Jugendamt habe zwar schnell gearbeitet und die Anträge verteilt, jedoch sei das Ausfüllen der Anträge für viele zu kompliziert.

Die StädteRegion habe die Aufgabe auf die Kommune delegiert. Nun müsse Personal zur Verfügung gestellt werden. Sie könne sich aber daran erinnern, dass es Zeiten gab, wo darüber gesprochen wurde, dass der Bereich Soziales unterbesetzt sei. Deshalb möchte sie wissen, wie dies denn jetzt aussehe.

Ihrer Meinung nach sei die Vorlage der Verwaltung gut, das Gesetz aber nicht durchdacht.

Frau Sobczyk findet den Grundgedanken des Gesetzes gut. Die Umsetzung sei jedoch mehr oder weniger eine Katastrophe, da ein enorm hoher Arbeitsaufwand zu bewältigen sei. Sie wünsche sich eine Evaluation, damit das Gesetz besser umgesetzt werden könne.

Für Herrn Schiffer stellt das Ausfüllen der Anträge keine Schwierigkeit dar. Er habe schon mehrfach Anträge für seine Klienten ausfüllen müssen. Er fragt nach, was wäre, wenn die Antragsteller mit Problemen kommen würden.

Frau Froese-Kindermann führt aus, dass sich alle bemühen, die Leistungen bei den Kindern ankommen zu lassen. Die angeschriebenen Vereine und Institutionen meldeten sich zurück. Es könne jetzt nach den Ferien so sein, dass die Anträge stoßweise eingehen. Auch die Jugendbetreuer fänden das Bildungs- und Teilhabepaket gut.

Bezogen auf die personelle Situation teilt sie mit, dass eine Ausschreibung zunächst intern erfolge, dann eventuell extern.

Ein Termin mit dem StadtSportverbund mache erst nach Klärung der Personalsituation Sinn.

In der Verantwortung der Verwaltung liege maximal ein Zehntel.

Natürlich würden alle Personen, die Fragen oder Probleme hätten, umgehend Hilfe erhalten.

Herr Prast merkt an, dass seinerzeit im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung das neue Steuerungsmodell eingeführt worden sei. Seine Frage sei nun, ob in diesem Zusammenhang auch „Spezialistenkarrieren“ möglich seien.

Frau Froese-Kindermann teilt mit, dass die Beantwortung dieser Frage erst nach erfolgter Ausschreibung erfolgen könne.

Frau Clermont-Karow nimmt zu den aufgeworfenen Fragen wie folgt Stellung.

Derzeit sei noch kein sprunghafter Anstieg nach den Sommerferien zu verzeichnen. Die Schwerpunkte bei den Anträgen lägen auf Schulbedarf, gemeinschaftliches Mittagessen und Klassenfahrten. Im Bereich Soziales habe man nun damit angefangen, den Schulbedarf auszuzahlen, da die Prüfung hier am einfachsten sei. Jedoch seien auch Klassenfahrten ein großes Thema. Die Bearbeitung der Anträge für das gemeinschaftliche Mittagessen gestalte

sich schwierig, da jeder Kindergarten und jede Schule eine unterschiedliche Verfahrensweise hätten.

Bezüglich des Bearbeitungsstandes sei Herzogenrath jedoch nicht das Schlusslicht in der StädteRegion. Generell sei das Bildungs- und Teilhabepaket jedoch ein bürokratischer Koloss, der nicht dimensionierbar sei. Die Umsetzung des Paketes sei derzeit kaum zu bewältigen, da die Anträge nicht einfach so nebenbei zu bearbeiten seien.

Herr Prast fragt nach, ob es nicht sinnvoll wäre, sich mit den Leistungserbringern an einen Tisch zu setzen, um ein einheitliches Verfahren zu garantieren.

Frau Clermont-Karow führt hierzu aus, dass die Kindergärten bereits angeschrieben wurden, da der Antrag für das gemeinschaftliche Mittagessen an sich nicht viel hergibt. Zudem sei die Überprüfbarkeit der Anträge zurzeit nicht gewährleistet.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird der **geänderte Beschlussvorschlag**:

Der Ausschuss für Arbeit und Verwaltung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. „Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die weitere Entwicklung zu fertigen.“

einstimmig angenommen

Zu TOP 10: **Vertragsverlängerung Verbraucherberatungsstelle Alsdorf**

Frau Sobczyk befürwortet die Zustimmung zur Finanzierungsbeteiligung der Stadt Herzogenrath an der Verbraucherberatungsstelle in Alsdorf. Ihrer Ansicht nach solle die Beteiligung des Landes sowie der anderen Kommunen hartnäckiger verfolgt werden.

Auch Frau Fink ist für die Zustimmung. Die Beratungsstelle sei eine gute Informationsquelle für die Verbraucher. Sie hebt nochmals hervor, dass sich Frau Froese-Kindermann bzgl. der Bewilligung einer weiteren Stelle sehr stark gemacht habe.

Herr H. Prast hebt seine hohe Wertschätzung für die Verbraucherzentrale hervor. Zudem stelle sie einen hohen Mehrwert für die Verbraucher dar. Das Geld sei hier gut angelegt, daher spreche auch er sich für eine Mitfinanzierung aus.

Frau Froese-Kindermann teilt mit, dass bereits fast alle anderen Mitfinanzierer einer Vertragsverlängerung zugestimmt hätten. Zudem solle, vermutlich zum 01.10.2011 oder 01.11.2011, die bereits im Halbtags seit Januar eingerichtete zusätzliche Stelle um eine weitere halbe Stelle aufgestockt werden, da das Land die Mittel hierfür bereit stelle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt dem Stadtrat den bestehenden Vertrag nicht zu kündigen und somit einer Finanzierungsbeteiligung der Stadt Herzogenrath an der Verbraucherberatungsstelle in Alsdorf über das Jahr 2012 hinaus zuzustimmen.

Die Bezuschussung sollte nur und solange erfolgen, wie sich das Land sowie die kreisangehörigen Städte Alsdorf, Baesweiler und Würselen ebenfalls beteiligen.

Entsprechende vertragliche Regelungen sollten beibehalten und die erforderlichen Mittel veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 11: **Planung und Realisierung einer weiteren Seniorenwohnanlage auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath**

hier: Sachstandsbericht

Herr H. Prast fragt nach, inwieweit die Realisierung der Wohnanlage für SeniorInnen in Herzogenrath, Nordsternstraße, welche in der Sitzung vom 17.05.2011 vorgestellt wurde, vorangeschritten sei.

Ihm wurde durch Frau Froese-Kindermann zugesichert, dass der aktuelle Sachstand mit der Niederschrift mitgeteilt wird.

Anmerkung der Verwaltung:

L. Auskunft des Fachbereiches 3, Bauordnung, hat eine Rückfrage beim Architekten ergeben, dass im zeitlich günstigsten Fall Ende des Jahres mit einem Bauantrag und Mitte nächsten Jahres mit dem Baubeginn zu rechnen sei. Die Resonanz sei übrigens sehr gut.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales der Stadt Herzogenrath nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: einstimmig

Nein- Stimmen:

Enthaltungen:

Zu TOP 12: **Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung der SJD-Die Falken-Merkstein vom 14.05.2011**

hier: "Save me!" Herzogenrath sagt ja zur Aufnahme von Flüchtlingen

Herr H. Prast hebt hervor, dass die Falken bereits im Ortsverband stark engagiert seien. Die Schilderung, welche als Anlage zur Bürgeranregung beigefügt wurde, sei beeindruckend gewesen. Es müssten jedoch noch einige Dinge, wie z.B. Kosten, Kapazitäten, etc. geklärt werden.

Er stelle daher den Antrag, den **Beschlussvorschlag** wie folgt zu **ergänzen**:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales begrüßt die Initiative der Falken und empfiehlt dem Stadtrat in geeigneter Art und Weise die Bundesregierung aufzufordern, ein kontinuierliches Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Ausschusssitzung, im Dezember 2011, Lösungsansätze zu den folgenden Gesichtspunkten zu erarbeiten:

- **Kosten**
- **Unterbringungskapazitäten**
- **Maßnahmen zur Sicherstellung des Gleichgewichtes des sozialen Gefüges in der Stadt Herzogenrath**

Die Ausarbeitung ist dem Ausschuss zur abschließenden Beratung in der nächsten Sitzung im Dezember vorzulegen, mit dem Ziel, Punkt 1 der Bürgeranregung in vollem Umfang umzusetzen. Die Antragsteller sind entsprechend zu informieren.“

Frau Sobczyk teilt mit, dass sie inhaltlich nichts dagegen einzuwenden habe. Sie sei sich jedoch nicht sicher, ob durch den Ausschuss entschieden werden kann. Sie erachte eine Überweisung an den Stadtrat für sinnvoll.

Herr Prast teilt mit, dass dies durch die Änderung gewährleistet sei.

Sodann wird der **geänderte Beschlussvorschlag**:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales begrüßt die Initiative der Falken und empfiehlt dem Stadtrat in geeigneter Art und Weise die Bundesregierung aufzufordern, ein kontinuierliches Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Ausschusssitzung, im Dezember 2011, Lösungsansätze zu den folgenden Gesichtspunkten zu erarbeiten:

- **Kosten**
- **Unterbringungskapazitäten**
- **Maßnahmen zur Sicherstellung des Gleichgewichtes des sozialen Gefüges in der Stadt Herzogenrath**

Die Ausarbeitung ist dem Ausschuss zur abschließenden Beratung in der nächsten Sitzung im Dezember vorzulegen, mit dem Ziel, Punkt 1 der Bürgeranregung in vollem Umfang umzusetzen. Die Antragsteller sind entsprechend zu informieren.“

einstimmig angenommen.

Frau Fink meldet sich zur Geschäftsordnung. Mittlerweile seien bereits 2 Stunden vergangen und es sei ihr nicht bewusst gewesen, dass die Sitzung so lange dauern würde. Sie stelle daher den **Geschäftsordnungsantrag, den neuen Top 14 „Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Stadt Herzogenrath“ auf die nächste Sitzung zu vertagen.**

Herr Bock erwidert, dass er den Antrag der Frau Fink nicht nachvollziehen könne, da sie am Anfang der Sitzung darauf bestanden habe, die Tagesordnung durch die Aufnahme zweier weitere Tops ändern, da diese Themen so wichtig seien, dass sie unbedingt in der heutigen Sitzung behandelt werden müssten. Er wolle, dass der unter Top 1 gefasste Beschluss umgesetzt werde.

Sodann stellt Herr Joerißen den **Geschäftsordnungsantrag** von Frau Fink: **„Vertagung des neuen Top 14 „Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Stadt Herzogenrath auf die nächste Sitzung“ zur Abstimmung.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein- Stimmen: 2
Enthaltungen:

Damit ist der Tagesordnungspunkt vertagt.

Zu TOP 13: **Notdienstapotheke im Stadtteil Kohlscheid
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.06.2010**

Frau Froese-Kindermann führt aus, dass ein Gespräch mit dem Präsidenten der Apothekerkammer, Herrn Lutz Engelen, stattgefunden habe. Er habe versprochen, prüfen zu

lassen, ob eine Änderung der Bezirke eine Besserung herbeiführe. Diese Prüfung sei jedoch, lt. Herrn Engelen ergebnislos verlaufen.

Für die Personen, die den Notdienst im Krankenhaus Bardenberg in Anspruch nehmen würden, hätte immer eine Apotheke in Bardenberg oder auf dem Heimweg gelegene Apotheke Notdienst.

Eine Überlegung wäre es, den Bring- und Holservice der Apotheken auch auf die Nacht auszudehnen. Dieses Thema werde auch im Rahmen des Demographischen Wandels wieder aufgegriffen.

Frau Fink merkt an, dass man auch mit der Presse sprechen könne, damit die Notdienste der Stadt Aachen auch in die Ausgabe für den Nordkreis eingepflegt werden könnten. Oftmals wäre der Weg von Kohlscheid nach Richerich nicht so weit, wie der von Kohlscheid nach Herzogenrath.

Herr Schlebusch ist der Meinung, dass, wenn in Kohlscheid keine Apotheke Notdienst hätte, man gegebenenfalls auch nach Würselen fahren könne.

Herr Fischer führt aus, dass es beim dem Antrag darum gegangen sei, dass die Bevölkerung in Kohlscheid mit der Situation der Notdienstapotheken nicht zufrieden gewesen sei.

Er möchte aber zunächst der Verwaltung für ihre Bemühungen danken. Diese sollen jedoch auch fortgeführt werden. Er möchte wissen, wann mit einem Endergebnis zu rechnen sei.

Herr H. Prast spricht sich dafür aus, dass die Apotheker die Auslieferung der Medikamente als Dienstleister erbringen und diese ausweiten sollten.

Frau Sobczyk ist sich sicher, dass die Demographie auch bei diesem Thema zukünftig eine große Rolle spielen werde. Ihr Vorschlag sei es, dass sich der Präsident mit den Kommunen der StädteRegion und vielleicht auch Kerkrade verständige, so dass mehr Koordination stattfinden könne.

Herr Venohr merkt hierzu an, dass die StädteRegion schon nach Ärzten suche. Man spreche hier aber immer noch über den Notdienst. Die Apotheker seien Wirtschaftsunternehmen und je mehr man versuchen würde, auf die bestehenden Abläufe Einfluss zu nehmen, desto mehr würden die Apotheken sich zurückziehen. Diese seien bereits jetzt schon ausgelastet genug. Fest stehe, dass jeder Bürger im Notfall eine Apotheke erreichen könne und jeder Arzt auch wisse, welche Apotheke in der Nähe geöffnet habe. Notfalls könnten die Ärzte auch die Medikamente ausgeben. Seitens der Verwaltung bleibe man natürlich am Thema dran, könne aber nicht garantieren, dass eine Änderung herbeigeführt werde.

Auch Herr Runge weist nochmals darauf hin, dass sich hierbei um Notdienste handle, die wirklich nur im Notfall in Anspruch genommen werden sollten. Er sei der Ansicht, dass die Apotheken keine Änderung wollten, da alles was nach 22.00 Uhr abgewickelt werden würde uninteressant sei.

Herr H. Prast vertritt die Meinung, dass man als Kommunalpolitiker für die Anliegen der Bürger da sein solle. Es gehe hier um Menschen und nicht um Wirtschaftsinteressen.

Herr Fischer stimmt Herrn Prast zu. Man müsse den Wählern gerecht werden und in Kohlscheid sei man nun mal der Ansicht, dass der Notdienst nicht befriedigend laufe.

Herr Bock merkt an, dass immer mehr Medikamente über das Internet verkauft werden würden. Dies habe zur Folge das Apotheken gegebenenfalls schließen müssten, was die Gewährleistung der Notdienstversorgung noch verschlechtern würde.

Er spreche sich daher dafür aus, dass Medikamente vor Ort gekauft werden sollten, damit ein guter Notdienst erhalten bleibe.

Herr Joerißen regt an, das Thema weiter zu verfolgen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Zu TOP 14: **Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Herzogenrath**
 hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2010

Der Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales verschoben.

Zu TOP 15: **Informationen und Anfragen**

Ergänzend zu Top 7 führt Herr Schlebusch aus, dass die Asylunterkunft „Mühlenbachstraße“ im jährlichen Energiebericht der Stadt Herzogenrath aufgeführt sei.

Frau Fink fragt nach, ob es in Bezug auf Bebauung Casino Laurweg Neuigkeiten gebe. Wenn ja, solle im Vorfeld der Sozialausschuss beteiligt werden.

Anmerkung der Verwaltung in Bezug auf Bebauung Casino Lauerweg:

Derzeit werden Gespräche mit den neuen Eigentümern geführt. Bei konkreten Ergebnissen wird der "Runde Tisch Stadtentwicklung" informiert.

Des Weiteren teilt sie mit, dass für Asylanten und Migranten die Duldungen verlängert werden müssten. Dies könne jedoch nur beim Ausländeramt der StädteRegion Aachen erfolgen. Für viele Betroffene würden aus diesem Grunde erhöhte Kosten anfallen. Sie bitte darum, diese Kosten zu ermitteln. Zusätzlich kämen noch Fahrtkosten hinzu, welche durch die Betroffenen oftmals nicht getragen werden könnten. Sie möchte die Situation für die Asylanten und Migranten nicht verschlechtert sehen und bitte daher darum, verschiedene, kostengünstigere Möglichkeiten zu prüfen.

Herr Venohr teilt zum Thema Duldung mit, dass die Verlängerung, entgegen der Informationen von Frau Fink, zukünftig im Bürgerbüro abgewickelt werden soll. Dies werde am 27.09.2011 auch im Integrationsrat durch die StädteRegion vorgestellt. Vermutlich sei man ab dem 01.10. bzw. 01.11.2011 technisch dazu in der Lage.

Anmerkung der Verwaltung:

Die von Herrn Venohr gemachten Ausführungen beziehen sich nicht ausschließlich auf die Verlängerung der Duldung, sondern auf die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) zum 01.09.2011. Als Erläuterung zur Duldung und zum eAT ist ein Schreiben der StädteRegion Aachen vom 07.09.2011 beigefügt. Eine Übersicht über die anfallenden Kosten wird nachgereicht.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 21.35 Uhr die Sitzung.

Herzogenrath, 11.04.2014

--	--	--

Vorsitz	Zeichnungsberechtigtes Mitglied	Schriftführer